



Protokolle
der
öffentlichen
Sitzungen
des
Haupt- und Finanz-
ausschusses
2022

Inhaltsverzeichnis:

Sitzungstag:	Seite:	genehmigt am:	Bemerkungen:
			Sitzungsleitung
12.01.2022	3	16.02.2022	Andreas Zenglein, Bgm.
16.02.2022	10	16.03.2022	Andreas Zenglein, Bgm.
16.03.2022	19	13.07.2022	Andreas Zenglein, Bgm.
13.07.2022	24	12.10.2022	Andreas Zenglein, Bgm.
12.10.2022	30	23.11.2022	Andreas Zenglein, Bgm.
23.11.2022	42	13.01.2023	Andreas Zenglein, Bgm.

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 12. Januar 2022

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 20.10.2021
3.	Beratungen zum Haushalt 2022
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur

Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

3. Bgm. Ilse Spielmann ist entschuldigt. Somit sind 10 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 20.10.2021

Entfällt -

3. Beratungen zum Haushalt 2022**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein erläutert, dass in der aktuellen Haushaltsplanung bereits die Haushaltsansätze der Schulen, der Feuerwehr und Kindergärten nach entsprechenden Gesprächen seitens der Verwaltung mit den Gremien eingearbeitet wurden. Es wurden wieder Budgetierungen vorgenommen.

Ebenso wurden die Zuschüsse für die Kindergärten eingepflegt, die sich jedoch ändern können, sobald Defizite durch die Träger vorgelegt werden.

Seitens der Verwaltung wurde der Stand des Haushaltsentwurfs ins RIS gestellt. Unvorhersehbare Geschehnisse können entstehen, hierzu ist keine Detailplanung möglich. Es kann sich hierzu ein Plus oder Minus errechnen.

Das Ziel für den diesjährigen Haushalt ist, dass in der Sitzung im Februar nochmals eine Finalbesprechung erfolgt für die Vorlage des Haushaltsentwurfs in der Sitzung des Gemeinderates im März für die entsprechende Beschlussfassung.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert.

Im vorliegenden Entwurf des **Ergebnishaushaltes** belaufen sich die ordentlichen Erträge auf 18.408.900 € (Vorjahr: 17.555.400 €) und die ordentlichen Aufwendungen auf 18.109.300 € (Vorjahr: 17.582.100 €).

Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses ergibt sich ein Jahresergebnis von 293.400 €.

Die **Umlagekraft** (ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus der Grund- und der Gewerbesteuer sowie den Beteiligungen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zuzüglich 80% der Schlüsselzuweisung) der Gemeinde ist von 8.635.045 € im Jahre 2021 auf nunmehr 9.990.244 € gestiegen.

Dies entspricht einer **Mehrung** um **1.355.199 €**.

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2020. Diese beliefen sich im Jahr 2019 auf ca. 600.000 € und erhöhten sich im Jahr 2020 auf ca. 1.460.000 €.

Weiterhin sind die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2021 von ca. 1.507.700 € auf 2.296.700 € angestiegen.

Die Umlagekraft ist Grundlage für die Berechnung verschiedener Umlagen und Abgaben, wie z. B. der Kreisumlage.

Der Hebesatz der **Kreisumlage** beträgt 40,5%. Die Kreisumlage erhöht sich von ca. 3.497.200 € auf ca. 4.046.100 €. Dies entspricht Mehrausgaben von ca. 548.900 €.

Die größte Einnahmequelle ist nach wie vor die **Einkommensteuerbeteiligung**. Sie ist im vorliegenden Haushaltsentwurf mit 6.500.000 € veranschlagt. Dies sind ca. 250.000 € mehr als der Ansatz des Jahres 2021. Der Ansatz basiert auf der Mitteilung des Statistischen Landesamtes.

Die **Schlüsselzuweisungen** dienen dazu, die Unterschiede in der Finanzkraft der bayerischen Gemeinden teilweise auszugleichen (siehe oben). Im Jahr 2021 betrug die Schlüsselzuweisung 2.296.600€. Im Jahr 2022 beträgt sie 2.119.496€.

Die Einnahmen bei der **Gewerbesteuer** beliefen sich im Jahr 2021 auf ca. 1.983.600 €.

Im Jahr 2022 ist mit niedrigeren Einnahmen zu rechnen. Die Gewerbesteuer ist deshalb mit einem Betrag von 1.500.000 € veranschlagt.

Aber auch dieser Betrag wird nur zu erreichen sein, wenn keine größeren Rückzahlungen zu leisten sind.

Als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer werden die Gemeinden seit 1998 an der **Umsatzsteuer** beteiligt. Veranschlagt wurde ein Betrag von **292.500 €** (2021: 330.000 €).

Der **Hebesatz der Gewerbesteuerumlage** beträgt 35,0%.

Für die Gemeinde ergibt sich eine geschätzte Gewerbesteuerumlage i. H. v. ca. **164.100 €**.

Im Ergebnishaushalt sind Gelder in Höhe von 100.000€ für das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept eingestellt.

Im Rahmen der Eigenüberwachungsverordnung müssen die Kanäle in Haibach mittels einer Videoaufzeichnung überprüft werden. Für die nächsten drei Jahre sind deshalb jeweils 90.000€ veranschlagt.

Auf der Investitionsseite gilt es zunächst, die begonnenen Maßnahmen abzuschließen. Angemerkt sei hierzu noch, dass eine Baufertigstellung nicht gleich zu setzen ist mit dem Ende der Verwaltungsarbeiten. Nach Abschluss der Arbeiten müssen Schlussrechnungen geprüft, Bestandsunterlagen und Verwendungsnachweise erstellt werden. Diese Arbeiten binden nochmals einen erheblichen Teil der Arbeitszeiten.

Die Baumaßnahmen sind alle in der Investitionsliste aufgeführt.

Folgende Punkte werden diskutiert.

RATHAUS:

Gemäß Orga-Gutachten des Prüfungsverbandes wird die Einrichtung eines Bürgerbüros vorgeschlagen. Dies kann jedoch aus Gründen der Barrierefreiheit nicht im derzeitigen Bauamt erfolgen.

- Machbarkeitsstudie ist hierzu vorgesehen
- Eventuell müssen entsprechende Gelder im Investitionshaushalt eingestellt werden.
- Beratung in den Fraktionen, ob dies in den Haushalt eingestellt werden soll

BAUHOF:

Für den Bauhof werden zwei neue Fahrzeuge benötigt, einen Multicar und einen Pritschenwagen. Für beide aktuellen Fahrzeuge sind die erforderlichen Reparaturkosten zu hoch.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, wofür die Schüttgutboxen sein sollen.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass diese zur Erweiterung des Recyclinghofes und zur Nutzung durch den Bauhof erforderlich sind.

FEUERWEHR:

Kämmerer Thomas Wenzel informiert über die Kostenansätze der Feuerwehr. Hier geht es um

- Anschaffung eines Versorgungs-LKW
- Digitalfunk Umstellung – Die Ausschreibung erfolgte durch den Freistaat, Auslieferung im Frühjahr 2022. Die HH-Ansätze sind bereits seit 2 Jahren im Haushalt
- Die Kosten belaufen sich auf 56.600 EUR, der Zuschuss auf 45.000 EUR.

- Sirenen Umbau Hier wurde vom Freistaat der Umbau der Sirenen gefordert.
- Aktuell ist noch nicht bekannt, welche Technik zum Einsatz kommen wird.
- Auch hier werden entsprechende Zuschüsse durch den Freistaat gewährt. Die Kosten werden mit ca. 24.-25.000 EUR angenommen.
- Die Abwicklung erfolgt im Jahr 2023.

Kämmerer Thomas Wenzel weist darauf hin, dass der Investitionsplan bereits ausführlich besprochen wurde, heute wird nur über die Änderungen informiert.

SCHULE:

Durch die Fortführung der Digitalisierung der Schulen reichen die Budgets nicht mehr aus. Es kommen z. B. die Wartungskosten etc. hinzu. Auf jeden Fall muss das Budget der Mittelschule erhöht werden.

Kämmerer Thomas Wenzel schlägt folgende Budgetansätze vor:

Grundschule: 25.000 EUR

Mittelschule: 35.000 EUR

Es werden die möglichen Förder- und Zuschussprogramme für die Schulen geprüft und beantragt. Für die Schulen sollten in Absprache mit den Rektorinnen Wartungsverträge mit einer EDV-Firma ab 2022 abgeschlossen werden.

GR Steffen Kruschina schlägt aufgrund der bisherigen Ergebnisse der Mittelschule die Erhöhung des Ansatzes auf 40.000 EUR vor.

Kämmerer Thomas Wenzel stimmt diesem Vorschlag zu.

Für die Schule ist auch eine neue Telefonanlage notwendig. Dies ist notwendig durch den Glasfaserausbau und das Sicherheitskonzept der Schule. Es ist erforderlich, dass aus jedem Klassenzimmer angerufen werden kann. Entsprechende Angebote werden eingeholt, liegen jedoch noch nicht vor und sind demnach auch noch nicht berücksichtigt.

Zu den weiteren Investitionen bemerkt er, dass z.B. bei der Pos. 32 / Grund- und Boden von Schulen / Glasfaseranschluss – die Rechnung für den Glasfaseranschluss bezahlt wurde. Die möglichen Zuwendungsanträge wurden gestellt, Zuschuss wird kommen.

GR Jürgen Goldhammer stimmt dem Vorschlag für die Grundschule zu. Er fragt, warum der Ansatz für die Mittelschule so hoch ist, bei weniger Klassen.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass aufgrund des Lehrplanes eine Erhöhung des technischen Unterrichts erforderlich ist.

STADION / KULTUR- UND SPORTHALLE:

Kämmerer Thomas Wenzel schlägt hier die Anschaffung eines Mähroboters für den Sportplatz vor. Er informiert, dass jährliche Lohnkosten i.H. von ca. 5.500 EUR für diese Arbeiten anfallen.

Die vorhandenen Elemente des Bauzauns dort ausgetauscht und durch einen Zaun ersetzt werden, um das Betreten einzudämmen und als Schutz für den möglichen Mähroboter. Das Provisorium sollte entfernt werden. Dies sollte mit überlegt werden. Die Kosten hierfür sind mit ca. 33.000 EUR veranschlagt.

Die Fraktionen sollten dies beraten und in der nächsten Sitzung entsprechende Rück-meldung geben.

MERKELSTR.17 / SCHOLLSTR. 26 a

Hier ist aktuell nur Geld für die laufenden Kosten eingestellt. Hier sollte auch die Entscheidung getroffen werden, welche weitere Verwendung ansteht und welche Gelder eingestellt werden sollen.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die notariellen Verträge hierzu unterschrieben wurden. Die Schlüsselübergabe des Anwesens Schollstraße 26 a erfolgt am Freitag. Ab dem kommenden Montag stehen beide Gebäude zur Verfügung. Hier erwartet die Verwaltung Vorschläge aus dem Gremium bzgl. der weiteren Verwendung. Lokaltermine sind dort möglich.

KINDERGÄRTEN

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass das Budget des Waldkindergartens vorgelegt wurde. Die restlichen Unterlagen fehlen jedoch noch. Die Basissätze müssen noch über-arbeitet werden. Bis Ende Januar werden die Informationen zu den Personalzuschüssen vorliegen.

Die Elternbeiträge für die Monate Januar bis Mai 2021 wurden aufgrund der Pandemie erstattet.

Der Freistaat hat hiervon bereits 70 % ausbezahlt und den Kommunen steht frei, ob diese den Restbetrag „zuschießen“. Es ist hierfür ein Beschluss des Gremiums erforderlich, da es etwa um einen Betrag in Höhe von 27.000 EUR geht. Die Fraktionen sollten sich auch hier beraten und Rückmeldung an die Verwaltung geben.

REALSTEUERN / FRIEDHOFSGEBÜHREN

Bgm. Andreas Zenglein bezieht sich auf den Vorschlag aus dem Rechnungsprüfungs-ausschuss, dass die Realsteuern und die Friedhofsgebühren angepasst werden sollen. Diese Entscheidung ist ebenfalls vom Gremium zu treffen.

GR Jürgen Goldhammer schlägt vor, dass hierzu in der Sitzung am 02.02. eine Besprechung mit Gartenbautechniker Franz Staab wegen des Pflegeplanes in den Friedhöfen stattfinden sollte.

GR Bernd Oppenrieder bezieht sich auf seinen heutigen Antrag bezüglich der Investitionstabelle für die Jahre 2014-2021. Hier sind Maßnahmen zu erkennen, die nicht angegangen worden sind. Er nennt hierzu die Stützmauer des Friedhofs Grünmorsbach, die seit 7 Jahren dort steht. Dies möchte er gerne besprechen. Es gibt nach seiner Ansicht noch weitere Themen und Ansätze, die nicht benötigt werden. Diese Planansätze möchte er durchgehen.

Was ändert sich hierzu im Jahr 2022 oder wann wird festgelegt, wann diese Maßnahmen erledigt werden. Des Weiteren gibt es Positionen, die im HH größer sind als die Ausführung. Nach seiner Meinung sollte in diesem Jahr die Stützmauer herausgenommen werden und die Abschreibung für 2022 verbessert werden.

Bgm. Andreas Zenglein dankt GR Bernd Oppenrieder für seine Mühe zum Haushalt. Es sind immer Platzhalter enthalten, die dann nicht umgesetzt werden. Das ist das Besondere am kommunalen Haushalt. Auch im Kreishaushalt ist dies ähnlich.

Die drei Fraktionen und GR Jörg Baumann sollten sich besprechen und das Ergebnis vorschlagen. Das Gremium muss sagen, ob Korrekturen erfolgen sollen oder nicht.

Es wird immer Punkte geben, bei denen z.B. Rechnungen fehlen oder unvorhergesehen erledigt werden müssen. Hier sind diese Platzhalter notwendig. Damit ist die Gemeinde in den letzten 20 Jahren nicht schlecht gefahren.

GR Bernd Oppenrieder erwidert, dass Haushaltsansätze, die in den letzten 8 Jahren nicht genutzt wurden, für ihn fragwürdig sind. Dies sollte man Zeile für Zeile durchgehen. Nach seiner Meinung sind Haushaltsansätze für „Unwegbarkeiten“ möglich und nicht korrekt für die Investitionen anzusetzen.

GR Steffen Kruschina stellt die Frage, ob z. B. Positionen, wie von GR Oppenrieder genannt, herausgenommen werden können. Ist dann ein Nachtragshaushalt im Herbst erforderlich?

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert, dass nicht festgesetzte Investitionen bei einer Summe von 80.000 EUR per Nachtragshaushalt eingestellt werden müssen.

GR Steffen Kruschina sieht es als einfacher an, diesen Betrag vorher im Haushalt festzusetzen.

Kämmerer Thomas Wenzel sieht auch mehr Sinn darin, diese Beträge am Anfang des Jahres festzusetzen. Erforderliche Gelder über einen Nachtragshaushalt zu mobilisieren, sieht er teils problematisch. Hier sind entsprechende Prioritäten (1-3) festgesetzt. Daher stehen diese Ansätze zu Beginn des Jahres im Entwurf. Wenn der Ausschuss die Streichung festlegt, dann kann dies so erfolgen.

GR Steffen Kruschina ist der Meinung, dass entsprechende Ansätze im Haushalt nichts verbauen, somit hat er hierzu kein Problem.

Dies bestätigt **Kämmerer Thomas Wenzel**.

GR Jürgen Goldhammer ist hierzu geteilter Meinung. Er möchte sich diese Liste auch gerne ansehen und in der nächsten Sitzung besprechen und schlägt Zusendung per E-Mail vor.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt auch hier die Besprechung in den Fraktionen vor. Jedoch muss auch die notwendige Zeit gefunden werden.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass die Investitionsansätze den Haushalt und das Endergebnis natürlich beeinflussen. Wenn man über Gebührenerhöhungen spricht, muss man auch das tatsächliche Ergebnis wissen. Der Haushalt sollte nahe an der tatsächlichen Durchführung sein. Er sieht dies als Aufgabe des Gemeinderates.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass nach seiner Meinung die Haushalte der Jahre 2002-2021 bisher nicht so großartig neben den Tatsachen lagen. Für das Jahr 2022 sind keine Neuverschuldungen vorgesehen, so schlecht wurde also nicht gearbeitet.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass die Abschreibung erst nach Durchführung der Maßnahmen möglich ist. Die Abweichungen wurden von Kämmerer Thomas Wenzel bereits mehrfach erklärt und erläutert. Rechnungen, die noch nicht vorliegen, können nicht widerspiegelt werden. Mit den entsprechenden Planungen verbaut sich die Gemeinde nichts.

Bezüglich der anstehenden Sanierung der Mauer wird die Frage gestellt, warum die Arbeiten nicht durch eine Fremdfirma bereits erledigt wurde.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert, dass der Zustand der Mauer zur Sorge anregt. Die Maßnahme ist jedoch „morgen“ noch nicht nötig. Es stehen andere Maßnahmen an, die bisher höhere Prioritäten hatten. Der Bauhof wird diese Mauer nicht ohne Unterstützung von Fremdfirmen bauen können.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass, wenn die Mauer der „Stein des Anstoßes“ ist, diese in diesem Jahr saniert wird.

Bezüglich der weiteren Abschreibungen möchte **GR Steffen Kruschina** wissen, wie hoch diese für den Kinderhort ist.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass die Abschreibung erst dann erfolgt, wenn die Maßnahme komplett abgeschlossen ist.

Im Anschluss an diese Diskussion werden folgende Punkte nochmals festgelegt:

Besprechung in den Fraktionen, Rückmeldungen an die Verwaltung bis 02.02.2022

Machbarkeitsstudie Rathaus

- Vorschläge Priorisierung zur Auftragsvergabe
- Ausbau / Neubau „uralttes FFW-Gebäude“ oder des alten FFW-Hauses
- Anschließend weitere Planung mit dem Bauamt

GR Bernd Oppenrieder erinnert an den Vorschlag von GR Toni Stahl, bzgl. der Verlegung der Sitzungen den Konferenzraum der KUS

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass dies auch in die Machbarkeitsstudie mit einge-arbeitet wird. Eine Übergangslösung soll nicht erfolgen. Die Fraktionen sollen bitte in Klausur gehen und zu diesem Thema ihre Vorschläge an die Verwaltung weitergeben.

GR Jürgen Goldhammer fragt nach dem Stand bzgl. einer Toilettenanlage am „Elterwald“/ Recyclinghof

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass dies durch Bautechniker Andreas Roth geprüft wird.

GR Jürgen Goldhammer bemerkt, dass der Bewegungsparcour für Senioren durch den Zukauf von Geräten für Übungen des Oberkörpers erweitert werden sollte. Dies war bereits im HH enthalten.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die Idee hierzu ist, damit in die Haibacher Schweiz zu gehen. Das wird aktuell durch Gartenbautechniker Franz Staab geprüft. Die Geräte können vorgesehen werden und sind mit ca. 12.000 EUR veranschlagt.

4. Allgemeines

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert:

Bei der Impfkaktion am letzten Samstag wurden 183 Impfungen, auch einige Erstimpfungen, durchgeführt.

Es sind noch 50 Dosen übrig. Wer Interesse hat, kann morgen, Donnerstag, ab 13:30 Uhr bis ca.

15/16 Uhr in die KUS zum „Boostern“ kommen. Es steht der Impfstoff „Biontech“ zur Verfügung.

Der 2. Impftag findet am kommenden Samstag statt. Hierzu stehen wieder 200 Impfdosen zur Verfügung.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** die Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **16.02.2022** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES**Sitzungstag: Mittwoch, 16. Februar 2022****Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:10 Uhr****in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	(Vertretung für Ilse Spielmann)
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	(vertreten durch Bodo Leiblein)
----------------	--------------------	---------------------------------

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Michael Müller		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Haupt- und Finanzausschuss
--

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 12.01.2022
3.	Festsetzung der Realsteuern
4.	Festsetzung der Friedhofs- und Bestattungsgebühren
5.	Vorberatung Haushalt 2022
5.1.	Kindergartenbeitragsersatz wegen Einrichtungsschließungen
6.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der

Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 12.01.2022

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 20.10.2021 und 12.01.2022 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

Das nichtöffentliche Protokoll vom 20.10.2021 ist im Umlauf. Aus der Sitzung vom 12.01.2022 liegt kein nichtöffentliches Protokoll vor.

3. Festsetzung der Realsteuern**Sachverhalt:**

Kämmerer Thomas Wenzel informiert:

Aufgrund des Wegfalls der **Straßenausbaubeiträge** wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss angeregt, die Hebesätze bei den **Grundsteuern** auf 340 v. H. zu erhöhen.

Für die **Gemeinde** ergeben sich folgende Mehreinnahmen:

Hebesatz				
310 v. H.	320 v. H.	330 v. H.	340 v. H.	350 v. H.
Steigerung	3,23%	6,45%	9,68%	12,90%
850.000,00 €	877.455,00 €	904.825,00 €	932.280,00 €	959.650,00 €

Für die **Steuerpflichtigen** ergeben sich folgende Auswirkungen:

Hebesatz				
310 v. H.	320 v. H.	330 v. H.	340 v. H.	350 v. H.
Steigerung	3,23%	6,45%	9,68%	12,90%
100,00 €	103,23 €	106,45 €	109,68 €	112,90 €
200,00 €	206,46 €	212,90 €	219,36 €	225,80 €
300,00 €	309,69 €	319,35 €	329,04 €	338,70 €
400,00 €	412,92 €	425,80 €	438,72 €	451,60 €
500,00 €	516,15 €	532,25 €	548,40 €	564,50 €

Zum Vergleich sind nachstehend überschlägig die Einnahmen aus den Straßenausbaubeiträgen für zwei Maßnahmen aufgeführt.

Aschaffburger Straße (eingestuft als:
Haupterschließungsstraße)

Geschätzter beitragsfähiger Aufwand: 1.000.000€

Straßenausbaubeiträge geschätzt: 500.000€

Goethestraße (eingestuft als Anliegerstraße)

Geschätzter beitragsfähiger Aufwand: 700.000€

Straßenausbaubeiträge geschätzt: 525.000€

Die vom Freistaat Bayern gewährten **Straßenausbaupauschalen** belaufen sich auf ca. 81.700€.

Somit muss die Gemeinde einen Großteil der Straßenbaukosten tragen.

In der anschließenden Diskussion weist **Bgm. Andreas Zenglein** auf den aktuellen Stand der Ausbaumaßnahme der Aschaffener Straße hin. Mit den Firmen wurde die Weiterführung der Arbeiten für den 02.03.2022 vereinbart. Im späten Frühjahr ist das Ende des BA 1 vorgesehen. Im Anschluss erfolgen dann die Arbeiten des BA 2 in Richtung Eckenerstraße.

GR Jürgen Goldhammer informiert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, dass in diesem Gremium ausführlich und intensiv über diese Steuern beraten und diskutiert wurde.

Letztendlich kam man zu dem Entschluss, dass in den kommenden Jahren massive Investitionen im Straßenbau und im Bereich Wasser und Kanal anstehen werden. Daher wird eine Erhöhung der Realsteuern auf 340 v.H. vor-geschlagen. Er gibt in seinen Ausführungen zu bedenken, dass in dieser Empfehlung keine einheitliche Meinung im RPA besteht.

Im Jahr 2025 wird es eine Reform des Grundsteuerberechnung geben. Dies wird sicher auch zu entsprechenden Änderungen führen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte die Gemeinde jedoch bereits die Erhöhung des Hebesatzes erledigt haben.

Bgm. Andreas Zenglein sieht es immer als problematisch an, wenn Erhöhungen kommen. Er hat Verständnis bzgl. der Tatsache, dass die Bürger aktuell stark gefordert sind. Er betont jedoch auch, dass die Gemeinde in der jetzigen Situation ebenso stark belastet ist. Er weist auf die Grundlage des Solidarsystems hin. Im Jahr 2025 müssten wir dann eine massive Erhöhung festlegen. Nach seiner Meinung ist der Vorschlag einer Erhöhung auf 340 v.H. eine vertretbare Anhebung.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass im RPA entsprechende Diskussionen geführt wurden. Nach seiner Meinung sind 2 Faktoren zu berücksichtigen. Die Einnahmen aus dem Straßenausbau fallen weg, dann kommt die Reform der Grundsteuer, hier ist nicht bekannt, wie sich diese auswirken wird. Die Gemeinde befindet sich mit den Realsteuern unter dem Landesdurchschnitt, daher scheint ein maßvolles Anheben notwendig.

Die SPD-Fraktion wird dieser Erhöhung aber nicht zustimmen. Die Gemeinde Haibach hat Liquiditätsreserven von 3 - 5 Mio EUR, plant jedoch eine Steuererhöhung. Das Anheben der Grundsteuer lässt sich aktuell nicht vertreten. Die Bürger sind durch die Corona-Pandemie und die stark ansteigenden Energiekosten sehr betroffen. Man sollte zu gegebener Zeit diese Erhöhung nochmals überprüfen.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass die aktuelle Liquidität auch darauf beruht, dass für die Maßnahmen, die derzeit z. B. in der Aschaffener Straße durchgeführt werden, noch keine einzige Abschlagszahlung erfolgte. Die Firmen haben noch

keine Rechnungen diesbezüglich gestellt. Diese Rechnungen werden auf jeden Fall 2022 kommen.

Zum Weiteren erklärt er, dass vor einem Jahr noch niemand daran dachte, dass z.B. für die Anschaffung und Montage von Luftreinigungsgeräten in den Schulen Gelder benötigt werden. Dank der liquiden Mittel konnte alles ohne Kredite erledigt und bezahlt werden. Der Kostenaufwand hierfür liegt bei ca. 190.000 EUR.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wann die letzte Erhöhung der Realsteuern erfolgte.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass dies 2010 erfolgte. Zum damaligen Zeitpunkt wurde der Hebesatz für die Gewerbesteuer erhöht. Andere Landkreisgemeinden haben mittlerweile erhebliche Erhöhungen veranlasst. Der Landesdurchschnitt bei den Realsteuern betrug 2020 in Bayern 338 v.H.

GR Steffen Kruschina hat eine klare Meinung zur Notwendigkeit der Liquidität und volles Vertrauen in die Arbeit des Kämmerers, Herrn Wenzel. Bei den künftig anstehenden Investitionen wird auch eine Kreditaufnahme in den nächsten Jahren notwendig werden. Er sieht die Notwendigkeit, dass ein kommunaler Haushalt für eine weitsichtige Kommunalpolitik notwendig ist. Inflationsraten sind immer einzukalkulieren.

Er betont auch, dass eine Ungerechtigkeit der Generationen erfolgen wird, wenn jetzt keine entsprechenden Investitionen erfolgen bzw. die Steuern nicht erhöht werden, um diese zu finanzieren. Was wir heute nicht leisten, müssen unsere Kinder später tun.

In den letzten Jahren wurden 50 Millionen in Haibach investiert. Dies wirkt sich seit vielen Jahren auch auf die Immobilienwerte der Bürgerinnen und Bürger Haibachs aus. Den Vergleich mit anderen Kommunen müssen wir nicht scheuen.

GR Ingo Adams erklärt, dass er zur Sitzung des RPA ebenfalls eingeladen war. Es wurde sehr emotionell diskutiert. Er wird der Erhöhung ebenfalls nicht zustimmen. Nach seiner Auffassung wurde von der Summe des Investitionsplanes immer nur ein Teil erreicht. Dieser wird sich immer langsamer als geplant aufarbeiten.

So hat z. B. der Markt Goldbach 72 % seines Investitionsplanes erledigt und eine Prokopfverschuldung von 1.400 EUR. In Haibach werden ca. 60 % erreicht und die Prokopfverschuldung beträgt 28 EUR.

Nach seiner Meinung steht Haibach fantastisch da, jedoch sieht er eine Erhöhung als falsches Zeichen zum falschen Zeitpunkt. Es sollte im kommenden Jahr nochmals besprochen werden. Die Erhöhung der Grundsteuer wird notwendig sein, losgelöst von der heutigen Diskussion.

GR Bodo Leiblein bestätigt diese Aussage. Gegenwärtig herrschen Bedenken zu einer Erhöhung. Es sollte weiter beobachtet werden. Die Schulden von 7 Mio EUR berufen sich auf Planungen, die Umsetzung der Vorhaben werden bei 50-60 % liegen. Bei einer Reserve der Gemeinde von 5 Mio EUR ist dies das falsche Signal.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass heute keine erneute Grundsatzdiskussion über den kommunalen Haushalt im Vergleich zur freien Wirtschaft geführt werden sollte. Jedoch ist er stolz auf die Prokopfverschuldung von 28 EUR.

GR Bernd Oppenrieder bemerkt, dass die letzte Erhöhung der Hebesätze vor 10 Jahren erfolgte. Nach seiner Ansicht werden Steuern erhöht, wenn Finanzmittel benötigt werden. Für die 5 Mio Rücklagen der Gemeinde müssen Verwahrgelder bezahlt werden. Nach seiner Auffassung ist es bei weitem nicht so, dass sich die Gemeinde Haibach in den nächsten zwei Jahren verschulden wird. Er kann nicht nachvollziehen, warum die Hebesätze angepasst werden sollen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass dies notwendig ist, weil der Gemeinderat einen Finanzplan beschlossen hat und laut diesem im Jahr

2024 eine Kreditaufnahme von 7 Mio EUR notwendig wird, um diese Investitionen durchzuführen.

GR Jürgen Goldhammer erklärt, dass nach Aussage des Kämmers das Guthaben am 31.12.2021 5.371.0000 EUR betrug. Folgende Zahlungen standen zu diesem Zeitpunkt jedoch noch aus. Rechnungen für die Arbeiten in der Aschaffburger Straße, Schlussrechnungen der Ortsverbindungsstraße, Maßnahmen in der Goethestraße, Auszahlung der Löhne, Schlusszahlung bzgl. der Lüftungsgeräte mit Montagearbeiten. Somit ist ein Großteil des Geldes bereits „verplant“.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass durch den Gemeinderat und die AKs immer weitere Arbeitspläne erstellt werden. Hierzu besteht dann auch die Meinung, dass dies immer alles gleich erledigt werden muss, dann muss auch Geld verfügbar sein.

Beschluss

Die Hebesätze für die Grundsteuer A und B werden ab dem 01.01.2022 auf 340 v. H. festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 7 nein: 4

4. Festsetzung der Friedhofs- und Bestattungsgebühren

Sachverhalt:

Bei der letzten Überörtlichen Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband wurde die derzeitige Gebührenhöhe beanstandet und wir müssen der Rechtsaufsichtsbehörde gegenüber noch eine Stellungnahme über das weitere Vorgehen abgeben.

In der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 15.02.2022 wurden zusammen mit den Fraktionsvertretern und Bauhofleiter Franz Staab die einzelnen Positionen der Gebührenkalkulation nochmals erörtert.

Insbesondere die Leistungen des gemeindlichen Bauhofes wurden eingehend diskutiert.

Die kostenintensivsten Positionen sind hierbei die Mäharbeiten (ca. 15 Durchgänge im Jahr), die Beseitigung des Laubes und die Unkrautbekämpfung.

Eine Einsparung bei diesen Arbeiten ist nur möglich, wenn der Gemeinderat eine Reduzierung der bisherigen Standards

beschließt. Dies bedeutet, dass die Mähdurchgänge von z. B. 15 Durchgängen auf 10 Durchgänge reduziert werden oder das Laub nur noch an zwei Terminen im Jahr beseitigt wird.

Nachdem es sich bei den Friedhöfen um sog. kostenrechnende Einrichtungen handelt, ist die Gemeinde rechtlich verpflichtet eine 100%-ige Kostendeckung zu erzielen. In der Fachliteratur wird aber die Meinung vertreten, dass eine Kostendeckung von ca. 60-70% akzeptabel ist. Dies auch vor dem Hintergrund, dass den Friedhöfen eine gewisse Grünanlagen- oder Parkanlagenfunktion zukommt.

Aus diesen Gründen sollte eine Kostendeckung von 65% angestrebt werden. Mit der jetzt vorgeschlagenen Erhöhung liegt die Gemeinde aber immer noch unter diesem Wert. Deshalb sollten neben der Gebührenanpassung auch Einsparungsmöglichkeiten, wie oben erwähnt, beschlossen werden.

Vom Rechnungsprüfungsausschuss wurde folgender Vorschlag hinsichtlich der Gebührenhöhe unterbreitet:

Grabart	Gebühr/Jahr	Gebühr/Jahr
	derzeit	neu
Urnengrab	30,00 €	60,00 €
Baumgrab	50,00 €	60,00 €
Urnenkammer	60,00 €	75,00 €
Einzelgrab	30,00 €	45,00 €
Doppelreihengrab	60,00 €	75,00 €
Familiengrab	85,00 €	100,00 €
Wahlgrab	98,00 €	115,00 €

GR Jürgen Goldhammer führt aus, dass auch hierzu im RPA ausführlich beraten wurde. Bei der letzten Sitzung war Herr Staab für weitere Informationen anwesend. Die Kosten wurden im Detail geprüft. Nach den gesetzlichen Vorgaben müssen die Kosten zu 100 % über die Friedhofsgebühren gedeckt werden. Der Aufwand für die Friedhöfe ergibt sich aus 240.000 EUR Pflegekosten und 70.000 EUR Kosten der Leichenhallen.

Nach den Ausführungen von Herrn Staab werden z.B. im Waldfriedhof 15 x jährlich Arbeiten zur Rasenpflege und Rückschnitte durchgeführt. Hierfür sind dann jeweils 5 Personen des Gartenbaurtrupps erforderlich. Eventuell ist auch eine Vergabe an eine Fremdfirma möglich.

Durch die Definition, dass z.B. der Waldfriedhof einen Grünanlagen- bzw. parkähnlichen Charakter hat, müssen jedoch immer noch 65 % der Kosten abgedeckt werden. Nach diesen Vorgaben wurden die vorgeschlagenen neuen Gebühren errechnet. Die Gebühren waren die letzten 7 Jahre unverändert. Die Erhöhungen betreffen die Neubelegungen und entsprechende Verlängerungen.

GR Bodo Leiblein erklärt vorab, dass er dieser Erhöhung zustimmen wird. Jedoch möchte er einige Erläuterungen hierzu abgeben.

Für ihn ist es ausschlaggebend, dass kommunale Friedhöfe nach den gesetzlichen Vorgaben sogenannte kostenrechnende Einrichtungen sind.

Nach etlichen Recherchen in Verwaltungsvorschriften und Vorgaben des bayerischen kommunalen Prüfungsverbandes wurde die Grundlage im RPA erzielt, für den pauschalen Abschlag die Kosten für den Park- und Grünanlageanteil auf 35 % ansetzen.

Jedoch ist auch zu bedenken, dass diese Geltung hauptsächlich für den Waldfriedhof erfolgt. GR Bernd Oppenrieder ist der Meinung, dass die kalkulatorischen Kosten nicht in diesen Aufwand einzurechnen sind. Die Vorgaben des bayerischen

kommunalen Prüfungsverbandes sind jedoch so, dass diese eingerechnet werden müssen und unser Kämmerer diese zu Recht in die Kalkulation mit aufnimmt.

In der Besprechung des RPA mit Herrn Staab wurden die möglichen Potentiale zur Einsparung der Kosten diskutiert. Hier wurde von Herrn Staab vorgeschlagen, dass Mäharbeiten und Laubbeseitigungen zu den jeweiligen Jahreszeiten reduziert werden können. Dies könnte Einsparungen i.H. von ca. 40.000 EUR bringen. Herr Staab hat jedoch auch darauf hingewiesen, dass diese Entscheidung durch den Gemeinderat einstimmig beschlossen werden muss, da wahrscheinlich erhebliche Proteste von Seiten der Bürger kommen werden.

Bei einer Gebührenerhöhung und gleichzeitiger Reduzierung des Pflegeaufwandes wird das Defizit nach seiner Ansicht zumindest überschaubar.

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass bei der Sitzung im RPA ein sehr informatives Gespräch bezüglich der Pflegearbeiten auf den Friedhöfen geführt wurde. Es wurden alle Arbeiten dargelegt und die Kostensituation beleuchtet. Eine moderate Erhöhung sollte neben der Möglichkeit von Einsparungspotential, welches durch Herrn Staab erarbeitet wird, zu einer Lösung führen. Er schlägt vor, dass eine Indexierung eingebaut werden sollte. Somit würde eine Erhöhung der Gebühren alle 5 Jahre erfolgen.

GR Andrea Stürmer stellt fest, dass sie sich auch für eine gewisse Erhöhung ausspricht. Jedoch sieht sie dies z.B. im Dorffriedhof als schwierig an. Hier sind sehr viele Familiengräber. Die Familien, die diese Gräber betreuen, leisten einen großen Anteil an der Pflege dieses Friedhofs. Daher gefällt ihr die Erhöhung der Gebühren für die Familiengräber nicht. Eine Urnenwand wird von der Gemeinde errichtet, daher sieht sie hier die Kostenerhöhung als angemessen.

GR Bernd Oppenrieder erklärt, dass z.B. in Dörmorsbach die Ruhefrist im Friedhof 30 Jahre beträgt, das bedeutet, dass dann 3.000 EUR sofort an die Gemeinde zu bezahlen sind. Er möchte wissen, ob die Chance besteht, dass man diese Kosten auf den Zeitraum streckt.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass die Ruhefristen sich nach der Vorgabe des Gesundheitsamtes richten. Dies wurde für Dörmorsbach auf 30 Jahre festgelegt.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass auch Ratenzahlungen in Einzelfällen möglich sein können.

Kämmerer Thomas Wenzel führt aus, dass gemäß Satzung die Gebühren einen Monat nach der Bestattung fällig werden. Wenn ein Härtefall vorliegt, dann werden Einzelfallentscheidungen getroffen.

GR Jürgen Goldhammer stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Abstimmung zum Tagesordnungspunkt:

Beschluss

Die Grabgebühren werden entsprechend dem Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses festgesetzt.

Die derzeitigen Pflegestandards bezüglich der Mäharbeiten, Unkrautbeseitigung und Laubbeseitigung werden reduziert.

Eine exakte Festlegung erfolgt erst, wenn die bzgl. der Fremdvergabe der Mäharbeiten angeforderten Angebote vorliegen und geprüft wurden.

Abstimmungsergebnis: ja: 8 nein: 3

5. Vorberatung Haushalt 2022

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein informiert über die E-Mail der SPD-Fraktion, GR Bernd Oppenrieder, zum Haushalt 2022. Die Anregungen werden in den Entwurf eingearbeitet.

In der Sitzung des GR am 16.03.2022 soll der Vorentwurf diskutiert werden und die Verabschiedung in der Sitzung des GR am 23.03.2022 erfolgen.

GR Steffen Kruschina unterbreitet für die CSU-Fraktion folgende Vorschläge zum Haushalt.

Die Machbarkeitsstudie für die Planungen im Rathaus zwecks Bürgerbüro sind mit 30.-50.000 EUR veranschlagt.

Zur Umsetzung von eventuellen Baumaßnahmen sollten in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 500.000 EUR bereitgestellt werden.

Für die Neuanschaffung der notwendigen Telefonanlage in der Schule steht der Betrag in Höhe von 20.000 EUR an.

Hierzu antwortet **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass mittlerweile ein Angebot über den Betrag von 15.000 EUR vorliegt.

Folgende Maßnahmen sollten nach Meinung der Fraktion noch erledigt werden:

Der Bauzaun am Kunstrasenplatz sollte gegen eine Zaunanlage ausgetauscht werden.

Die Gebäude, die durch die Gemeinde erworben wurden, müssen sicher renoviert werden. Auch hierfür werden entsprechende Gelder benötigt.

Kämmerer Thomas Wenzel ergänzt hierzu, dass aktuell nur die laufenden Kosten kalkuliert wurden. Jedoch muss die Heizungsanlage überprüft werden, damit keine unvorhergesehenen Maßnahmen durch einen Defekt anstehen. Die Renovierungsmaßnahmen werden derzeit auf ca. 30.-40.000 EUR geschätzt.

Im weiteren Verlauf wird hierzu vorgeschlagen, dass die Möglichkeit besteht, dass der Gemeinderat die beiden Anwesen besichtigt. Als Termin wird der **09.03.2022, Treffpunkt 18:00 Uhr, am Rathaus**, vorgeschlagen. Hierzu besteht Einverständnis.

Gemäß Vorschlag von GR Michael Fuchs soll die Zufahrtsstraße von der OV-Straße in Richtung Sportplatz Grünmorsbach und Richtung Hasenbergstraße verbessert werden. Der Jugendspielplatz mit Grillplatz und WC-Anlage soll im AK Kinderspielplätze beraten werden. Hier sind Planungskosten notwendig.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass hier eine Erhöhung des Ansatzes auf 100.000 EUR für die Durchführung der Maßnahme (Antrag der CSU-Spiel- und Grillplatz) möglich ist.

Gemäß Antrag sollen die Vereine eine Unterstützung zur Corona-Pandemie erhalten. Hierfür muss dieser Haushaltsansatz erhöht werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Verwaltung hier bereits tätig wird. Diverse Vereine haben eine doppelte Förderung seitens der Staatsregierung erhalten. Es werden die Vereine berücksichtigt, die eigene Immobilien betreiben. Die Kosten, die speziell wegen der Corona-Pandemie angefallen sind, sollen zu 100 % ersetzt werden. Dies muss im GR noch beschlossen werden.

Für den Bauhof sollten E-Bikes angeschafft werden um die Reduzierung des CO₂-Fußabdrucks zu erhalten.

Des Weiteren werden eventuell auch Finanzmittel für weitere Gebäudeerwerbe im Rahmen des ISEK notwendig.

GR Bernd Oppenrieder bemerkt, dass bei Positionen, die sehr „eventuell“ sind, auch Zahlen genannt werden sollten. Es sollten die Dinge, die der Gemeinderat umsetzen will, auch festgeschrieben werden.

GR Jürgen Goldhammer nennt 10.000 EUR für die Umsetzung des Konzepts für die Barrierefreiheit und erinnert an die notwendigen Maßnahmen in der Kultur- und Sporthalle.

Des Weiteren sollten 15.000 EUR für die weiteren Geräte des Fitnessparcours bereitgestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein teilt mit, dass vorgesehen ist, dass ein weiterer Parcours in der Haibacher Schweiz errichtet werden soll.

GR Bernd Oppenrieder nennt nachfolgende Punkte:

- Pumpe Wasserversorgung
- Studie Schwammkonzept inkl. Retentionsbecken für ein Trennsystem – Auftrag an Ing.-Büro
- Erneuerung der „Dreiecksanlage“ in Dörmorsbach
- Neubau Gehweg Dörmorsbach bis Hohewartweg
- Finanzmittel für die Umsetzung von Maßnahmen für ISEK

GR Dietmar Kempf-Blatt schlägt vor, dass jedes Jahr eine weitere Bushaltestelle barrierefrei gestaltet werden soll.

GR Andrea Stürmer begrüßt die barrierefreie Gestaltung der Homepage der Gemeinde und lobt hier das „digitale Amt“.

5.1. Kindergartenbeitragsersatz wegen Einrichtungsschließungen

Sachverhalt:

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden im Jahr 2021 die Kindergärten teilweise geschlossen bzw. nur eine Notbetreuung eingerichtet.

Der Freistaat Bayern hat deshalb eine Richtlinie zur Gewährung eines Ersatzes von Elternbeiträgen erlassen.

Der Ersatz wird für die Monate Januar bis Mai 2021 gewährt.

Voraussetzung ist, dass ein Kind an nicht mehr als 5 Tagen betreut wurde und die Träger der Einrichtung die monatlichen Beiträge nicht erhoben bzw. bis Ende Oktober 2021 an die Eltern erstattet haben.

Vom Freistaat wurden folgende Beträge festgelegt:

Art	Betrag	Freistaat	Kommune
Krippenkinder	300 €	240 €	60 €
Kindergartenkinder	50 €	35 €	15 €
Hortkinder	100 €	70 €	30 €
Tagespflege	200 €	140 €	60 €

Hiervon übernimmt der Freistaat 70% (mit Ausnahme Krippenkinder).

Dieser Anteil wurde auf Antrag der Träger über die Personalkostenzuschüsse im Laufe des Jahres 2021 ausbezahlt.

Die restlichen 30% sollten von den Kommunen getragen werden, wobei eine Verpflichtung zur kommunalen Mitfinanzierung in der Verordnung ausgenommen wurde; d. h. jede Kommune muss selbst entscheiden, ob dieser Anteil ausgezahlt wird.

Zwischenzeitlich liegen verschiedene Anträge vor und es wäre zu entscheiden, ob der Kommunalanteil als freiwillige Leistung an die Träger ausgezahlt wird.

Es ergeben sich folgende Beträge:

Kindergarten	Betrag
Burgkindergarten	4.380 €
Marienkindergarten	3.300 €
Kinderhort	6.420 €
Kindergarten Grünmorsbach	2.880 €
Kleine Entdecker	540 €
Mittagsbetreuung Grundschule	6.021 €
Summe	23.541 €
Auswärtige Kindergärten (11 Stück)	1.575 €
Gesamt	25.116 €

GR Steffen Kruschina schlägt vor, dass die Kosten für die auswärtigen Kindergärten nicht übernommen werden sollten.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert hierzu, dass es sich auch hier um Haibacher Kinder handelt, die aus bestimmten Gründen in auswärtigen Kindergärten betreut werden.

GR Bodo Leiblein bemerkt, dass diese Entscheidung dann dem Gleichheitsprinzip widerspricht.

GR Steffen Kruschina ist der Ansicht, dass die Eltern bereits die Erstattung erhalten haben. Hier geht es nach seiner Meinung um die Einrichtungen.

GR Jürgen Goldhammer fragt, ob seitens des Waldkindergartens auch ein Antrag eingereicht wurde.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dies noch nicht erfolgt ist. Er schlägt vor, diesen bei Eingang noch in die Bezuschussung mit aufzunehmen.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach übernimmt die Kosten gemäß Aufstellung.

Es ergeben sich folgende Beträge:

Kindergarten	Betrag
Burgkindergarten	4.380 €
Marienkindergarten	3.300 €
Kinderhort	6.420 €
Kindergarten Grünmorsbach	2.880 €
Kleine Entdecker	540 €
Mittagsbetreuung Grundschule	6.021 €
Summe	23.541 €
Auswärtige Kindergärten (11 Stück)	1.575 €
Gesamt	25.116 €

Sollte noch ein weiterer Antrag hinzukommen, wird dieser ebenfalls berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

6. Allgemeines

Sachverhalt:

6.1. Information zum Regionalbudget der WeSpe

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass bei der gestrigen Sitzung der Steuerungsgruppe der Wespe bekannt gegeben wurde, dass alle Anträge, die von Haibacher Vereinen eingereicht wurden, in die Bewertung gekommen sind.

Ein Vorabtermin gibt es hierzu bereits: Die Besichtigungen der Maßnahmen sollen am 14.10.2022 stattfinden.

6.2. Maßnahmen im Waldfriedhof

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass im Waldfriedhof weitere Urnenkammern erforderlich

sind. Es werden im hinteren Bereich der jetzigen Urnenwandanlage entsprechende Arbeiten durchgeführt. Hierfür wird der Weg neu hergerichtet und die dortigen Hecken zurückgeschnitten.

6.3. Rückschnitt am Haibacher Dreieck

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, warum die dortigen Magnolien so stark zurückgeschnitten wurden bzw. entfernt wurden.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass er diesbezüglich mit Forstwart Michael Roth sprechen wird und eine entsprechende Information im Mitteilungsblatt hierzu erfolgen kann.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 16.03.2022 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 16. März 2022
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Michael Albert	Gemeinderat	(Vertretung für Andrea Stürmer)
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Toni Stahl	Gemeinderat	(Vertretung für Steffen Kruschina)

Abwesend:

Steffen Kruschina	Gemeinderat	(vertreten durch Toni Stahl)
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	(vertreten durch Michael Albert)

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Monika Heuberger		
Michael Müller		
Silvia Reiling		
Martin Volk		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung

Haupt- und Finanzausschuss

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.02.2022
3.	Vorberatung Haushalt 2022
4.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur

Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GR Beate Konrad ist entschuldigt, somit sind 10 Stimmberechtigte anwesend.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.02.2022

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.02.2022 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Vorberatung Haushalt 2022**Sachverhalt:**

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Anträge der Fraktionen in die Haushaltsansätze mit eingerechnet wurden.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert die einzelnen Änderungen:

Telefonanlage Schule:	Haushaltsansatz wurde um 15.000 EUR für die Anschaffung der Telefonanlage erhöht.
Schulsportanlage	Der Haushaltsansatz wurde um 110.000 EUR erhöht, da sich nach aktuell vorliegenden Ergebnissen aus der Submission eine Erhöhung gegenüber den kalkulierten Kosten ergaben. Da hier ein Festzuschuss seitens der Regierung vorliegt, wird dieser nachverhandelt.
Vereinshilfe:	Der Ansatz wird bei den Kultur- und Sportvereinen um jeweils 10.000 EUR für die Leistungen zur Coronaförderungen erhöht.
Jugendspielplatz mit WC	Die Kostenansätze werden wie folgt erhöht: 2022 um 10.000 EUR, 2023 und 2024 um jeweils 100.000 EUR.
Zaun Kunstrassenplatz	Hier liegt ein aktuelles Angebot mit einer Kostenminderung um ca. 4.000 EUR vor. Information hierzu im n.ö. Teil. Barrierefreiheit: Für weitere Maßnahmen in der Kultur- und Sporthalle wird der Ansatz um 10.000 EUR erhöht.
Fitnessparcour	15.000 EUR für weitere Anschaffungen
Gebäudeerwerb/ISEK	500.000 EUR jeweils für die Jahre 2022-2025 ISEK-Maßnahmen Erhöhung des Ansatzes um 20.000 EUR.
Ertüchtigung Brunnen 71 und Schwerspatgrube	Erhöhung um 50.000 EUR, aufgrund durchgeführter Befahrung
Pumpen für Wasserversorgung	Der Kostenansatz kann noch nicht definiert werden. 2. Bgm. Jürgen Großmann hat die Fachabteilung bei seinem Arbeitgeber um eine Analyse angefragt. Die Besprechung findet am 17.03. statt. Ergebnisse hierzu werden bekanntgegeben und der mögliche Aufwand hierfür in den Haushaltsentwurf mit einarbeitet.
Gutachten Schwammstadt	Der Kostenansatz wird um 14.000 EUR erhöht, dies ist der Aufwand für das geforderte Gutachten.

Dipl. Ing. Martin Volk informiert, dass aktuell für den Bereich Goethestraße noch geprüft wird, ob dort ein Trennsystem möglich ist.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass ein potentes Schwammkonzept für den ganzen Ort erstellt werden sollte. Durch ein Grobkonzept sollte geprüft werden, wo ein Trennsystem machbar ist.

Dipl. Ing. Martin Volk führt aus, dass jede Straße für sich betrachtet werden muss. Im Bereich Erlen-/Büchelbergstraße besteht die Möglichkeit ein Trennsystem zu installieren. Wogegen dies im Spessartblick schwierig ist. Ebenso ist dies in der Dorfstraße zu prüfen und in der Aschaffener Straße problematisch ist.

Gehweg OE Dörmorsbach

Hier werden 25.000 EUR eingestellt – Grundstückskosten sind hierbei noch nicht abgedeckt und die Grundstücksverhandlungen müssen noch geführt werden.

Barrierefreie Bushaltestellen:

Für die Jahre 2022-2025 werden jeweils 20.000 EUR bereitgestellt.

Feldwege zur Büchel

Gemäß Antrag aus dem Gremium wurden Kosten hierzu ermittelt. Je nach Ausführungsvariante sind hier Gelder von 290.000 bis 595.000 EUR erforderlich.

Die Kreditaufnahmen liegen bei:

2022	keine Kredite
2023	1.667.800,00 EUR
2024	3.741.700,00 EUR
2025	3.797.300,00 EUR

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, ob die Arbeiten im Waldfriedhof im Haushalt abgedeckt sind.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass weitere Urnenkammern benötigt werden. Es sind noch 33 Urnenkammern vorrätig und 18 Stück müssen gekauft werden. Die Zuweisung wird erledigt. Für diese Kosten reichen die eingestellten 15.000 EUR.

Zu den Lohnkosten erklärt **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass die Tätigkeiten des Bauhofs bei dieser Maßnahme als aktivierte Eigenleistung gerechnet und dem Friedhof zugebucht werden.

Wenn Einverständnis besteht, werden die eben erläuterten Positionen in den Haushalt eingearbeitet und zur Vorlage im Gemeinderat für die Verabschiedung des Haushalts 2022 vorgelegt.

GR Bernd Oppenrieder führt aus, dass im diesjährigen Haushalt Investitionen die „Wunschliste“ des Gemeinderates in Höhe von ca. 8 Mio EUR eingeplant wurde. Seither hat man nie mehr als 4 Mio Investitionssumme im Jahr geschafft. Ist dieses Vorhaben in diesem Jahr machbar?

Die „Wunschliste“ zu addieren, sieht er nicht als Basis für einen Liquiditätsplan. Er findet es besser zu prüfen, was realistisch ist. Diese Summe wird wahrscheinlich nicht geschafft werden.

GR Martin Volk erwidert, dass sich viele Maßnahmen auf mehrere Jahre strecken. So sind z. B. Projekte in der Planung und 2 Projekte in der Bauphase.

GR Bernd Oppenrieder erklärt, dass die Maßnahmen „Am Wingert“ und „Goethestraße“ noch nicht im „Go“ sind. Die Feinplanung ist noch nicht erfolgt.

Kämmerer Thomas Wenzel stellt fest, dass die Entscheidungen, welche Maßnahmen durchgeführt werden, das Gremium trifft. Im letzten Jahr wurde z.B. mit dem Ausbau der „Aschaffener Straße“ begonnen und diese Maßnahme wird nun in diesem Jahr fortgeschrieben. Die komplette Abwicklung erfolgt nicht in einem Haushaltsjahr.

GR Jürgen Goldhammer sieht die Liste als gut an.

Dipl. Ing. Martin Volk führt aus, dass der Bereich „Bornäcker/Friedlandstraße“ ein eigenes „Paket“ darstellt. Die Planung und Durchführung der Sanierung „Goethestraße“ erfolgt separat und muss vorher erfolgen, weil dies die tiefste Stelle zur Entwässerung ist. Die Arbeiten können nicht parallel durchgeführt werden, das kann den Anliegern dort nicht zugemutet werden.

Aus diesem Grund werden die Planungen für die Bereiche „Dorf- und Rothstraße“ vorgezogen.

Die Planung für die Wiesenstraße wird in der nächsten Woche durch das Ing.-Büro vorgestellt.

2. Bgm. Jürgen Großmann spricht sich dafür aus, dass die Arbeiten, die in diesem Jahr nicht durchgeführt werden können, ins Jahr 2023 verschoben werden sollten. Er sieht dies bei dem Ausbau der Straßen zur Büchel als notwendig.

Dipl. Ing. Martin Volk schlägt vor, die Liste auf den aktuellen Stand zu bringen.

2. Bgm. Jürgen Großmann ist der Ansicht, dass sich die Positionen immer wieder verschieben. Die Zahlen müssen eingestellt werden, damit die Projekte auch machbar sind.

GR Bernd Oppenrieder fragt, wie man es hinbekommen soll. Das Gremium soll entscheiden. Er kann dies jedoch nicht festlegen. Hierzu müssten auch die Kapazitäten zur Durchführung geprüft werden.

Bgm. Andreas Zenglein schlägt vor, dass man sich zur Vorbesprechung, statt am Freitag, besser am Montag treffen sollte. Hier könnten dann die vom Kämmerer Thomas Wenzel neu erarbeitete Liste final vor der Sitzung nochmals besprochen werden.

GR Bernd Oppenrieder ist der Auffassung, dass diese Planung in anderer Form erfolgen soll.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert nochmals, dass der Investitionsplan 2020-2025 Teil des Haushalts ist. Dieser muss jährlich aktualisiert dem Landratsamt bei jedem Haushaltsplanentwurf mit vorgelegt werden. Ein „doppelte“ Buchführung ist auf keinen Fall möglich. Das Kommunalrecht kann nicht mit der Finanzplanung in der freien Wirtschaft gleichgesetzt werden.

GR Bernd Oppenrieder erwidert, dass er sich die Liquiditätsplanung der letzten Jahre angesehen hat. Die war nach seiner Ansicht um 95 % zu hoch. Somit war dies zu viel im Haushalt. Es sollten realistische Werte eingestellt werden. Diese hohen Summen haben dann Auswirkungen auf die geplanten Erhöhungen der Steuern.

Kämmerer Thomas Wenzel stellt fest, dass die Haushaltsansätze am Anfang des Jahres aufgrund von Kostenschätzungen gegründet werden. Dies ist nicht anders machbar.

GR Bernd Oppenrieder bemängelt, dass aus der Investitionssumme nur 50 % erledigt werden. Dies sollten 80 % sein.

Kämmerer Thomas Wenzel ist der Meinung, dass dies nicht an der Verwaltung liegt. Hier werden die Beschlüsse des Gremiums umgesetzt.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt nochmals, dass in der Vorbesprechung am Montag die endgültige Liste vorliegt und nochmals besprochen werden kann.

Die Vorbesprechung beginnt um 17:00 Uhr.

4. Allgemeines

Sachverhalt:

Information durch Bgm. Andreas Zenglein:

4.1. Öffentliche Teststelle

Eröffnung einer Corona Teststelle am Parkplatz der Kultur- und Sporthalle.

Die Öffnungszeiten sind von Montag bis Samstag von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr. Sonntag von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr.

Die Tests sind kostenfrei und ohne Terminbuchung.

Siehe entsprechende Anzeige im Mitteilungsblatt.

2. Absage Frühlingsball

Im Mitteilungsblatt wird darauf hingewiesen, dass der diesjährige Frühlingsball ebenfalls nicht stattfinden wird. Dies zum einen, da noch niemand weiß, wie sich die Corona-Pandemie weiter entwickeln wird. Dann erfolgt die Absage auch aus Solidarität zum Krieg in der Ukraine.

4.3. Dorffest

Das Dorffest 2022 am 09.+10. Juli, soll hingegen stattfinden. Die Planungen haben begonnen. Auch hierzu erscheint eine Veröffentlichung im Mitteilungsblatt. Sollten sich Verschlechterungen in beiden Situationen ergeben, wird die Veranstaltung abgesagt.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **13.07.2022** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 13. Juli 2022
Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:40 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Kirsten Hein	Gemeinderätin	(Vertretung für Steffen Kruschina)
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Steffen Kruschina	Gemeinderat	(vertreten durch Kirsten Hein)
-------------------	-------------	--------------------------------

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Alexander Sauer		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Haupt- und Finanzausschuss
--

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.03.2022
3.	Halbjahresbericht für das Jahr 2022
4.	Defizitübernahme für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Haibach für das Schuljahr 2020/2021
5.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

GR Steffen Kruschina wird in der heutigen Sitzung von GR Kirsten Hein vertreten. Der Ausschuss ist beschlussfähig mit 11 Stimmberechtigten.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 16.03.2022

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 16.03.2022 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Halbjahresbericht für das Jahr 2022Sachverhalt:

Kämmerer Thomas Wenzel informiert die Ausschussmitglieder über den Halbjahresbericht des Jahres 2022.

Die erste Hälfte des Jahres 2022 liegt nun hinter uns, und wir möchten Sie deshalb über die bisher geleisteten Arbeiten und die Entwicklung der gemeindlichen Finanzen informieren.

Auf alle Einzelheiten und bisher ausgeführten Tätigkeiten einzugehen, würde sicherlich den Zeitrahmen dieser Sitzung sprengen. Es sollen deshalb nur einige wesentliche Punkte und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Der Haushalt 2022 wurde in der Sitzung vom 23.03.2022 vom Gemeinderat verabschiedet.

Mit Schreiben vom 19.05.2022 hat das Landratsamt Aschaffenburg hierzu Stellung genommen. Genehmigungspflichtige Bestandteile sind im Haushalt nicht enthalten, so dass keine Genehmigung erforderlich war.

Im Mitteilungsblatt Nr. 21 vom 25.05.2022 wurde die Haushaltssatzung ortsüblich bekannt gemacht.

Die Erträge aus der **Grundsteuer A** liegen derzeit im Rahmen des veranschlagten Betrages von 3.200 € (Soll: 3.362,04€).

Bei der **Grundsteuer B** ist derzeit ein leichter Anstieg von ca. 8.000 € zu verzeichnen (Ansatz: 950.000 € - Sollstellung: ca. 958.000 €).

Die **Gewerbsteuer** ist im Haushaltsplan veranschlagt mit 1.500.000 €.

Die bisherigen Sollstellungen liegen derzeit ca. 415.000 € über dem Haushaltsansatz.

Grund hierfür sind Nachzahlungen für das Jahr 2020.

Hier wurden alleine von drei Firmen Nachzahlungen in Höhe von ca. 237.000€ geleistet. Aufgrund dieser Nachzahlungen wurden auch die Vorauszahlungen für die Jahre 2021 und 2022 angepasst.

Für den Gemeindeanteil an der **Einkommenssteuer** liegt bisher nur das Ergebnis für das erste Quartal vor.

Die Beteiligung beläuft sich derzeit auf 1.849.505 € (Vorjahr: 1.604.426 €). Dies entspricht 28,16% (Vorjahr: 25,56%) des vom Statistischen Landesamt geschätzten Gesamtaufkommens. Für eine Prognose über die weitere Entwicklung fehlen derzeit noch weitere Zahlen.

Auf den Gemeindeanteil an der **Umsatzsteuer** sind bisher ca. 79.500 € (Vorjahr: 77.368 €) oder 27,19% des veranschlagten Betrages (292.500 €) gezahlt worden.

Die Einnahmen aus den **Verbrauchsgebühren** (Kanal, Wasser) liegen im Bereich der Haushaltsansätze.

Die Einnahmen bei den **Benutzungsgebühren** für die gemeindlichen Hallen, Sportplätze und sonstigen Gebäude dürften die Haushaltsansätze erreicht werden.

Neue **Software** wurde für das Personal- und Bauamt erworben. Die Ausgaben belaufen sich bisher auf ca. 11.500€.

Der **Glasfaseranschluss** für das **Rathaus** soll noch im Laufe des Sommers erfolgen.

Die Abstimmungsgespräche mit der Telekom sind erfolgt. Derzeit laufen die Gespräche über die künftige Tarifgestaltung.

Am Kompostplatz sollen weitere **Schüttgutboxen** für den Bauhof errichtet werden. Hierfür sind bisher Materialkosten von ca. 1.300 € angefallen.

Für den **Bauhof** ist ein neues **Fahrzeug** bestellt. Die Lieferung soll im September erfolgen.

Ein Elektrofahrzeug wurde für den Wasserwart erworben (ca. 27.000€).

Die digitalen **Funkmeldeempfänger** (TETRA-Pager) sind bereits im Einsatz. Die Rechnung hierfür liegt allerdings noch nicht vor.

Der **Glasfaseranschluss** für die Schule wurde bereits im Jahr 2021 von der Telekom erstellt.

Die Auszahlung der Zuwendung (67.657,93€) durch den Freistaat Bayern erfolgte im März 2022. Die Inhouse-Verkabelung soll zusammen mit der Erneuerung der Telefonanlage in den Sommerferien erfolgen.

Weiterhin wurden für die Schule 21 **elektronische Tafeln** erworben. Hierfür sind Ausgaben von ca. 109.400 € angefallen.

Für die Anschaffung weiterer EDV-Ausstattung im Rahmen der Förderrichtlinie „dBIR“ wurde der Zuwendungsantrag gestellt. Derzeit warten wir noch auf Freigabe, damit die Ausschreibung erfolgen kann.

Die Arbeiten für die Sanierung der **Schulsportanlage** sind im vollen Gange. Mit einer Fertigstellung ist im September 2022 zu rechnen. Bisher wurden Auszahlung von ca. 120.500€ geleistet.

Für den Bau des **Kinderhortes** sind noch Ausgaben von ca. 51.100€ angefallen.

Der Verwendungsnachweis wird im Laufe des Sommers bei der Regierung von Unterfranken vorgelegt, damit die abschließende Förderung erfolgen kann.

Lüftungsgeräte wurden für die Kindergärten und die Kinderkrippe beschafft und installiert. Insgesamt wurde ein Betrag von ca. 90.200€ zur Zahlung fällig.

Vom Freistaat Bayern wurde eine Zuwendung von ca. 43.900€ gewährt.

Der Spielplatz **Morsbachweg** wurde neugestaltet und im Februar 2022 eröffnet. Inkl. der vom Bauhof erbrachten Arbeitsleistungen ist ein Aufwand von ca. 123.000€ entstanden.

Zwischen dem **Kunstrasenplatz** und dem Rasenplatz wurde ein neuer Zaun errichtet. Bisher

sind hierfür Auszahlungen von ca. 23.300€ geleistet worden.

Die **Generalsanierung der Kultur- und Sporthalle** hat bisher nochmals Gelder von ca. 7.600€ erfordert. Das **Übertragungssystem** für Sitzungen und Veranstaltungen hat Zahlungen von ca. 52.600€ netto erfordert.

Für den Erwerb von **Gebäuden im ISEK-Sanierungsgebiet** wurden Auszahlungen von ca. 661.000€ getätigt.

Die Erstellung der **digitalen Bestandsgrafik** für das Wasserleitungsnetz hat im Jahr 2022 bisher Ausgaben von ca. 6.400 € und für die Entwässerungsanlage von ca. 24.400€ verursacht.

Für den Ausbau der **Aschaffener Straße** (Kanal, Wasser, Straße) sind Zahlungen von ca. 369.000€ geleistet worden.

Die Baumaßnahmen in der **Würzburger Straße** (Bornäcker bis Sommerackerweg) wurden ausgeschrieben. Aufgrund des Ausschreibungsergebnisses wurde die Ausschreibung allerdings aufgehoben und soll erneut ausgeschrieben werden.

Die erneute Vergabe ist für den 27.07.2022 geplant.

Im April 2022 wurde die Planung für den Ausbau der **Wiesenstraße** im Gemeinderat vorgestellt. Die Ausschreibung für den 1 Bauabschnitt (nur Kanal) ist erstellt und die Vergabe ist für den 27.07.2022 geplant.

Im Jahr 2022 sind Ausgaben von ca. 16.800€ angefallen.

Die Planungen für den Ausbau der **Goethestraße** wurden im Gemeinderat und in einer Anliegerversammlung vorgestellt. Letztendlich hat der Gemeinderat entschieden, dass die Kanalleitung im Trennsystem erfolgen soll.

Hierfür muss jetzt erst der Grunderwerb getätigt und die behördlichen Genehmigungen eingeholt werden.

Für die Baumaßnahmen **Spessartblick und Büchelbergstraße**, wurden die Planungsleistungen bereits vergeben.

Die Baumaßnahmen **Bornäcker, Dorfstraße, Rothstraße und Schäferstraße** sollen im September vergeben werden.

Die Straße „**Am Wingert**“ sollte ebenfalls komplett saniert werden.

Aufgrund der beitragsrechtlichen Auswirkungen auf die Anlieger wurde nunmehr beschlossen lediglich den Kanal im Inliner-Verfahren zu sanieren. Eine Sanierung der Straße erfolgt nicht. In 2022 sind lediglich Kosten von ca. 1.700€ angefallen.

In der Sitzung vom 22.06.2022 wurde der Auftrag zur Sanierung der **Schweiztalsammlers** (1.BA) vergeben.

Das Vergabeverfahren für die Ingenieur- bzw. Gutachterleistungen zur fachlichen Begleitung der Detailuntersuchung für das **Wasserschutzgebiet Kirchenelsengrund** läuft.

Die Vergabe soll in der Gemeinderatssitzung vom 27.07.2022 erfolgen.

Der WC-Container für die **Toilettenanlage am Kompostplatz** ist da. Derzeit wird noch der Wasseranschluss erstellt.

Für den Ausbau der **Ortsverbindungsstraße** wurde ein Betrag von ca. 54.200 € ausbezahlt. Dieser bezieht sich größtenteils auf die Arbeiten für die Wiederaufforstung. Die beanstandeten Mängel müssen noch beseitigt werden.

Die Schlussrechnung der Baufirma wird angeblich derzeit erstellt. Der Kanalbau hat Ausgaben von ca. 14.300€ und der Bau des Radweges von ca. 2.000€ erforderlich gemacht.

Der Umbau der „**Adlerkreuzung**“ hat bisher Ausgaben von ca. 45.000€ verursacht.

Die Arbeiten für die Umstellung der **Straßenbeleuchtung** in Grünmorsbach sind vergeben und sollen bis Ende August ausgeführt sein.

Mit der AVG wurde vereinbart, dass die Zuwendungsanträge für das restliche Gemeindegebiet noch im Laufe des Jahres erstellt werden.

Am **Parkplatz „Zufahrt Büchel“** wurden die Ladesäulen für die Wohnmobile und die E-Bikes installiert.

Die Planung für die **Grünanlage in Dörmorsbach** wurde in der letzten Sitzung des Bauausschusses vorgestellt.

Der Bau der neuen **Urnenwand** im Waldfriedhof hat bisher Auszahlungen von ca. 26.000€ erfordert.

Im Rahmen des Integrierten **Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK)** wurden verschiedene Maßnahmen (Befragung, Sitzung GDR) durchgeführt.

Zahlungen wurden geleistet in Höhe von ca. 34.700€.

Kämmerer Thomas Wenzel stellt fest, dass somit eine stabile Haushaltslage besteht. Die ersten Rechnungen für die Maßnahmen in der Aschaffener Straße sind mittlerweile vom Auftragnehmer eingegangen.

Alexander Sauer, Bauamt erläutert den aktuellen Sachstand bzgl. des ISEK-Verfahrens.

Ende des Monats wird ein Vorentwurf des Berichtes erwartet. Ebenso ist der Verkehrsbericht für September vorgesehen. Dies soll in einer Präsentation den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt werden.

Bis zum Herbst 2023 sollen die vorbereitenden Untersuchungen abgeschlossen sein. Im nächsten Jahr ist es vorgesehen, dass mit einer entsprechenden Maßnahme die Umsetzung gestartet wird.

Für die Gewährung von Fördergeldern müssen der Regierung eine Maßnahme zur Umsetzung genannt werden und entsprechende Förderanträge gestellt werden.

Bgm. Andreas Zenglein führt aus, dass am 10.08. voraussichtlich eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderates stattfinden wird. Zu diesem Termin stehen wichtige Vergaben an, die für die Fortführung von Maßnahmen notwendig sind.

Des Weiteren kann, wenn bis zu diesem Zeitpunkt entsprechende Unterlagen vorliegen, der Bericht von ISEK vorgestellt werden.

Ebenso können Klimaschutz, Energiewirtschaft und Wasserversorgung beraten werden. Bis dahin werden nachhaltige und belastbare Zahlen aus der Zusammenarbeit mit der IfE vorliegen.

GR Bernd Oppenrieder ist der Ansicht, dass diese wichtigen Themen in einem Sommersenat nicht richtig platziert sind.

Nach seiner Meinung geht es um mehr als einen stabilen Haushalt. Es werden deutlich weniger Projekte in 2022 abgewickelt, als dies der Finanzplan vorsieht.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass dies auch davon abhängt, wie schnell die Rechnungen von den ausführenden Baufirmen vorgelegt werden. Zudem sind geplante Bauvorhaben, wie Goethestraße, Würzburger Str./Einmündung Goethestraße, Am Wingert durch verschiedene Ursachen noch nicht begonnen worden. Die Gemeinde ist auch abhängig von den Ergebnissen der entsprechenden Ausschreibungen.

GR Bernd Oppenrieder ist der Meinung, dass die geplanten Kosten in Höhe von 500.000 EUR für die Maßnahme „Am Wingert“ nicht in der Höhe anfallen werden. Die Umsetzung der Sanierung Goethestraße wird sich ebenfalls nach hinten verschieben. Die Maßnahme Würzburger Str./Bornacker verschiebt sich ebenfalls. Wenn diese Projekte berücksichtigt werden, hat man aktuelle Zahlen. Im Gegenzug wird die Energiebilanz in diesem Jahr sicher Mehrkosten mit sich bringen.

Bgm. Andreas Zenglein erwidert, dass keine andere Priorisierung möglich ist. Am Jahresende werden sicher noch Gelder übrig sein. Dieses wird dann in den Jahren 2023+2024 benötigt werden. Welche Verschiebungen möglich sein werden, sind ihm nicht bekannt.

GR Bernd Oppenrieder macht den Vorschlag, dass im Rathaus die Telefonanlage mit Anrufbeantworter ausgestattet werden sollte.

Bgm. Andreas Zenglein sieht hierzu die Möglichkeit, dass dies dann erfolgen kann, wenn der Anschluss des Rathauses an das Glasfasernetz erfolgt.

4. Defizitübernahme für die Mittagsbetreuung an der Grundschule Haibach für das Schuljahr 2020/2021

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.05.2021 beantragt der St. Johannesverein Haibach e. V. die Übernahme des Defizits aus der Mittagsbetreuung an der Grundschule für das Schuljahr 2020/21.

Der Fehlbetrag beläuft sich auf 23.451,69€.

Trotz einer Erhöhung des Beitrages von 50€ auf 60€ monatlich und der Reduzierung der Gruppenzahl von 6 auf 5 Gruppen ergibt sich auch weiterhin ein Defizit.

Betreut wurden 94 Kinder.

3. Bgm. Ilse Spielmann ist hierzu der Meinung, dass keine große Diskussion diesbezüglich notwendig ist.

Das Angebot ist wichtig und eine gute Sache. Deshalb sollte das Defizit übernommen werden.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass die vorgelegten Zahlen von der Regierung bereits geprüft wurden.

Beschluss

Die Gemeinde Haibach übernimmt das Defizit aus der Mittagsbetreuung an der Grundschule für das Schuljahr 2020/21 in Höhe von 23.451,69€

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

5. Allgemeines

Sachverhalt:

5.1. Information von Bgm. Andreas Zenglein:

Nach der Sommerpause wird Herr Hoos vom LRA zu verschiedenen wichtigen Themen bzgl. des Klimaschutzes zu einer Sitzung des GR eingeladen.

Anfragen aus dem Gremium:

5.2. Baustelle Aschaffener Straße

GR Ingo Adams fragt nach dem Sach- und Arbeitsstand. Es sollen dabei mehrere Arbeitsgeräte zu Bruch gegangen sein.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Kanalbauarbeiten bis zur Büchelbergstraße abgeschlossen sind. Es sind jetzt noch die Hausanschlüsse zu erstellen. Bezüglich der entstandenen Schäden an Maschinen liegt dies an dem harten Felsen in diesem Gebiet. Hier wird aktuell nach Lösungen gesucht, um diese Maschinenschäden zu „entschädigen“.

GR Ingo Adams fragt, ob die Sperrung der Büchelbergstraße, wie angekündigt ab 01.08. erfolgen wird.

Bgm. Andreas Zenglein bestätigt, dass dies aktuell noch so vorgesehen ist. Falls die Arbeiten früher erfolgen könnten, wird hierüber informiert.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 12.10.2022 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG

des

HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES

Sitzungstag: Mittwoch, 12. Oktober 2022

Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 21:45 Uhr

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
--------------------	----------	--

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	
Ingo Adams	Gemeinderat	
Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	

Abwesend:

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Michael Müller		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Haupt- und Finanzausschuss
--

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift
3.	Festlegung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals (kalkulatorische Zinsen)
4.	Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2023
5.	Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2023
6.	Festsetzung der Steuern, Gebühren Beiträge und sonstiger Abgaben für das Haushaltsjahr 2023
7.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern alle erschienen sind, der Haupt- und

Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzungsordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2022 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

3. Festlegung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagekapitals (kalkulatorische Zinsen)**Sachverhalt:**

Das Gebührenaufkommen kostenrechnender Einrichtungen (z.B. Wasserversorgung, Entwässerung, Friedhof usw.) soll die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken (Art. 8 Abs. 2 KAG). Zu diesen Kosten gehört auch eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals.

Gemäß § 12 KommHV muss sich die Verzinsung des Anlagekapitals an einem mehrjährigen Mittel der Kapitalmarktrenditen orientieren.

Hierzu wird die Umlaufrendite für festverzinsliche inländische Wertpapiere nach der Kapital-

marktstatistik der Deutschen Bundesbank herangezogen. Die durchschnittliche Eigenkapitalverzinsung über alle Laufzeiten liegt derzeit bei 3,3%.

Beschluss

Die Höhe des Zinssatzes für die kalkulatorischen Kosten der kostenrechnenden Einrichtungen der Gemeinde Haibach wird ab dem Jahr 2023 auf 3,3% festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

4. Festsetzung der Kanalgebühren für das Jahr 2023**Sachverhalt:**

Die Gebühreneinnahmen des Jahres 2021 belaufen sich auf 1.061.996,69 € und die Aufwendungen auf 1.035.698,31 €.

Somit errechnet sich für das Jahr 2021 eine Gebührenüberdeckung in Höhe von 26.298,38 €, welche als Vortrag in die Kalkulation für das Jahr 2023 übernommen wird.

Die Überdeckung kam im Wesentlichen dadurch zustande, dass die Betriebskostenumlagen des Abwasserverbandes Aschafftal um ca. 34.600 € niedriger ausgefallen sind als ursprünglich geplant.

Für das Jahr 2023 errechnet sich ein durch Gebühren zu deckender Aufwand in Höhe von 961.036 €. Bei einer geschätzten gebührenpflichtigen Abwassermenge von 365.000 m³ errechnet sich so ein Preis von 2,63 €/m³ Abwasser.

Gegenüber dem Jahr 2022 (2,52 €/m³) bedeutet dies eine Erhöhung der Gebühr um 0,11 €/m³.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert über die durchgeführte Kalkulation. Er merkt an, dass die

Zahlen aus der vorliegenden Schätzung der AVG noch nicht bestätigt wurden. Es erfolgte dort ein Personalwechsel, daher liegen die abschließenden Ergebnisse noch nicht vor. Nach einem heutigen Telefonat soll dies bis zur Beschlussfassung im Gemeinderat erfolgen. Dies bedeutet jedoch auch, dass sich ein Minus oder auch ein Plus in den Berechnungen noch ergeben kann.

GR Dietmar Kempf-Blatt fragt, warum es trotz Überdeckung in der Kalkulation zu einer Erhöhung der Kanalgebühren kommt.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass der Kalkulation die Ergebnisse des Jahres 2021 zugrunde gelegt werden. Für das HH 2023 ist aufgrund der aktuellen Situation mit Kosten- und Preissteigerungen auch im Bereich von Reparaturarbeiten zu rechnen.

GR Jürgen Goldhammer möchte wissen, ob bei der Menge von 365.000 m³ das Regenwasser mit enthalten ist.

Hierzu antwortet **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass immer der Bezug der Frischwassermenge in die Berechnung der Kanalgebühren einfließt.

GR Jürgen Golhammer fragt noch, warum hier 385.000 l : 365.000 l berechnet werden.

Kämmerer Thomas Wenzel weist darauf hin, dass dies die Wassermengen für z. B. Bewässerung von Friedhöfen, Sportplätzen und Schäden vor der Wasseruhr z.B. durch Rohrbrüche betrifft.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wie sich die kalkulatorische Energiesteigerung verhält? Wurde dies bereits berücksichtigt? Strom und Gas werden auch in den Kläranlagen benötigt.

Kämmerer Thomas Wenzel erwidert, dass im November die entsprechenden Zahlen hierzu vorliegen werden.

Bgm. Andreas Zenglein informiert, dass die Kläranlage in den Weierhöfen relativ autark arbeitet. Aktuell ist dort keine Einspeisung in das Energieversorgungsnetz möglich. Die dort hergestellte Biomasse wird verbraucht. In diesen Zeiten wird die Klärschlammverbrennung vorgebracht. Hier ist der Abwasserverband der Aschafftalgemeinden zur Aktivität gefordert.

Beschluss

Die Kanalgebühren für das Jahr 2023 werden auf 2,63 €/m³ festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

5. Festsetzung der Wassergebühren für das Jahr 2023

Sachverhalt:

1. Nachkalkulation der Wassergebühren 2021

Der Nachkalkulation der Wassergebühren 2021 wurden die tatsächlichen IST-Aufwendungen des Jahresabschlusses 2021 zugrunde gelegt.

Insgesamt ergaben sich Erträge in Höhe von 1.027.935,00 €, während sich die Aufwendungen auf 1.068.110,43 € beliefen. Daraus errechnet sich eine Unterdeckung von 40.175,43 €, welche in das Jahr 2023 vorgetragen wird.

Insgesamt wurden 417.298 m³ (Vorjahr: 470.342 m³) Frischwasser bezogen bzw. gefördert.

Verkauft wurden 381.842 m³ (Vorjahr: 401.393 m³).

Daraus errechnet sich ein Wasserverlust in Höhe von 35.456 m³ (Vorjahr: 68.949 m³) oder 8,50 % (Vorjahr: 14,66 %).

Die Verluste in Dörmorsbach betrugen 508 m³ (Vorjahr: 632m³) bzw. 2,84 % (Vorjahr: 3,41 %), während in Haibach und Grünmorsbach eine Fehlmenge von 34.948 m³ (Vorjahr: 68.317 m³) bzw. 8,75 % (Vorjahr: 15,12 %) zu verzeichnen ist.

Die Wasserverluste konnten somit fast halbiert werden. Hintergrund hierfür dürfte der Einsatz der Geräusch-Logger sein. Dadurch werden Rohrbrüche wesentlich schneller erkannt und behoben.

Ein weiterer Nebeneffekt ist die Stromeinsparung. Der Stromverbrauch hat sich gegenüber dem Jahr 2020 um ca. 28.300 kW/h verringert.

2. Kalkulation Wasserpreis 2023

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen und der darauf basierenden Kalkulation ist für das Jahr 2023 mit Aufwendungen in Höhe von ca. 1.161.188 € zu rechnen.

Nach Abzug der zu erwartenden Einnahmen aus den Grundgebühren, dem Wasserverkauf an Hörsbach/Winzenhohl, den Entgelten für die Erneuerung von Hausanschlüssen und den vermischten Einnahmen verbleibt ein durch Gebühren zu deckender Betrag in Höhe von ca. 1.022.128 €.

Bei einer kalkulierten verkauften Wassermenge von 385.000 m³ (Mittelwert der letzten 5 Jahre) errechnet sich ein Wasserpreis von 2,65 €/m³ bezogenem Frischwasser.

Gegenüber dem Jahr 2022 bedeutet dies eine Erhöhung um 0,14 € (Wasserpreis bisher 2,51 €).

Ein Grund für die höhere Gebühr ist die Tatsache, dass die AVG zum 01.01.2023 eine Erhöhung des Wasserbezugspreises um 0,07 €/m³ angekündigt hat.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass dank des Einsatzes der angeschafften Datenlogger ein großer Erfolg bezüglich der Wasserverluste zu verzeichnen ist. Demnach haben sich die Kosten für die Behebung von Wasserrohrbrüchen und natürlich auch die Verringerung der Verluste von Wasser aus dem Netz ergeben. Dies hatte nahezu eine Halbierung der Wasserverluste zur Folge.

Kämmerer Thomas Wenzel weist darauf hin, dass durch Wassereinsparungen jedoch die Abnahme der vereinbarten Wassermenge sinkt und somit der Preis ansteigt. Der Wasserbezug von 300.000 m³ ist der Basiswert.

GR Steffen Kruschina sieht hier eine gute Entscheidung des Gremiums zur Anschaffung der Datenlogger. Ohne diese Anschaffung hätten wir sicher eine Erhöhung von 0,28 ct benötigt.

GR Bernd Oppenrieder begrüßt dieses Ergebnis ebenfalls. Er lobt die Arbeiten des gemeindlichen Wassertrupps hierfür.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass Wasserwart Klaus Großmann ein hohes Maß an Engagement zeigt und auf der Suche nach Innovationen sinnvolle Zeit investiert.

GR Bernd Oppenrieder fragt nach der Schüttung der Quellen.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass 1/3 des Wasserverbrauchs aus eigenen Quellen kommt. Wasserwart Klaus Großmann hat hierzu Messungen

durchgeführt. Das Ergebnis kann nachgereicht werden.

Die Quelle in Bessenbach fördert eine Menge von ca. 60.000 m³.

Die Auswirkung des trockenen Wetters wird wohl erst in etwa 10 Jahren zu merken sein. Die Quelltiefe liegt bei ca. 40 m.

Beschluss

Die Wassergebühren für das Jahr 2023 werden auf 2,65 €/m³ bezogenem Frischwasser festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: ja: 11 nein: 0

6. Festsetzung der Steuern, Gebühren Beiträge und sonstiger Abgaben für das Haushaltsjahr 2023

Sachverhalt:

Grundlage für die Berechnung der Umlagekraft 2023 sind die Steuereinnahmen des Jahres 2021.

Die Umlagekraft der Gemeinde ist von 9.990.244€ im Jahr 2022 auf 10.587.596€ (Mehrunge: 597.352€) gestiegen.

Ursache hierfür sind die wesentlich höheren Einnahmen bei der Gewerbesteuer (von ca. 1.460.000€ auf ca.1.958.000€) und der

Einkommensteuerbeteiligung (von ca. 6.246.000€ auf ca.6.546.000€) im Jahr 2021.

Der Hebesatz der Kreisumlage beläuft sich derzeit auf 40,5%. Soweit derzeit absehbar wird der Hebesatz im Jahr 2023 jedoch steigen. Es steht eine Steigerung von bis zu 7% im Raum.

Die Auswirkungen sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt:

Umlagekraft 2023	Hebesatz	Kreisumlage	Kreisumlage 2022	Differenz
10.587.596,00 €	40,50%	4.287.976,38 €	4.046.049,00 €	241.927,38 €
10.587.596,00 €	45,50%	4.817.356,18 €	4.046.049,00 €	771.307,18 €
10.587.596,00 €	46,50%	4.923.232,14 €	4.046.049,00 €	877.183,14 €
10.587.596,00 €	47,50%	5.029.108,10 €	4.046.049,00 €	983.059,10 €
10.587.596,00 €	48,50%	5.134.984,06 €	4.046.049,00 €	1.088.935,06 €
10.587.596,00 €	49,50%	5.240.860,02 €	4.046.049,00 €	1.194.811,02 €
10.587.596,00 €	50,50%	5.346.735,98 €	4.046.049,00 €	1.300.686,98 €

Im Jahr 2022 betrug die Schlüsselzuweisung ca. 2.119.500€. Aufgrund der höheren Umlagekraftkraft wird im Jahr 2023 wohl eine niedrigere Schlüsselzuweisung zu erwarten sein (- 200.000€ bis 250.000€).

Das Ergebnis 2022 bei den Gewerbesteuereinnahmen dürfte sich, soweit derzeit absehbar, auf ca. 2.200.000 € belaufen. Gegenüber dem Haushaltsansatz ist dies ein Plus von ca.

700.000 €. Im Jahr 2023 ist wohl mit einem Betrag von ca. 1.600.000 € zu rechnen. Die Gewerbesteuereinnahmen sind jedoch von einigen wenigen Firmen im Ort abhängig. Sollten sich bei diesen Steuerpflichtigen Änderungen hinsichtlich des Gewinns ergeben, würde sich dies sehr schnell negativ auf die Finanzsituation der Gemeinde auswirken.

Weiterhin werden sich gestiegene Energie- und Verbraucherpreise erheblich auf der Ausgaben-seite auswirken.

Im Einzelnen stehen folgende Steuern, Abgaben und Gebühren zur Diskussion.

1. Realsteuern

Steuerart	Hebesatz	Durchschnitt Land 2021	Durchschnitt Kreis 01.01.2021	Letzte Erhöhung	Haushaltsansatz 2022
Grundst. A	340 v. H.	344,7 v. H.	322,19 v. H.	01.01.22	3.200 €
Grundst. B	340 v. H.	339,0 v. H.	328,13 v. H.	01.01.22	950.000 €
GewSt.	320 v. H.	312,7 v. H.	348,91 v. H.	01.01.95	1.500.000 €

Die Hebesätze für die Grundsteuern wurden zum 01.01.2022 erhöht.

2. Bestattungsgebühren

Die Bestattungsgebühren wurden im März 2022 angepasst.

Grabart	Gebühr derzeit
Urnengrab	60,00 €
Baumgrab	60,00 €
Urnenkammer	75,00 €
Einzelgrab	60,00 €
Doppelreihengrab	75,00 €
Familiengrab	100,00 €
Wahlgrab	115,00 €

3. Gebühren für die Sporthallen

Die beiden Sporthallen und das Stadion an der Kultur- und Sporthalle weisen enorme Defizite auf. Aufgrund der gestiegenen Energiekosten werden dies wohl weiter anwachsen.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Zahlen (Jahresabschluss 2021):

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Stadion	1.344,85 €	47.813,30 €	46.468,45 €
Kunstrasenplatz	4.306,88 €	48.645,39 €	44.338,51 €
Kultur- und Sporthalle *)	75.461,19 €	566.578,46 €	491.117,27 €
Sporthalle „Am Hohen Kreuz“ **)	17.847,17 €	171.869,15 €	154.021,98 €

*) inklusive der Pacht für die Gaststätte

**) inklusive Einnahmen aus der Benutzung der Halle durch die Schule i. H. v. 1.197,12 €

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.04.2017.

a) sportliche Nutzung und Sportveranstaltungen ohne Eintritt	Seit 01.04.17	
1/3 Halle	8,25 €	
2/3 Halle	16,50 €	
ganze Halle	24,75 €	
b) Sportveranstaltungen mit Eintritt		
1/3 Halle	24,20 €	
2/3 Halle	48,40 €	
ganze Halle	72,60 €	
Diese Gebühren gelten als Mindestgebühren. Damit werden zwei Stunden abgegolten. Für jede weitere Stunde ist die Hälfte der vorgenannten Gebühren zu verrechnen.		
Konferenzräume	173,25 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung mit Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter (täglich)		
1/3 Halle	380,00 €	
2/3 Halle	680,00 €	
ganze Halle	860,00 €	
Auswärtige Veranstalter		
1/3 Halle	510,00 €	
2/3 Halle	810,00 €	
ganze Halle	1.020,00 €	
Barbetrieb im Foyer oder Garderobenraum	88,00 €	
Reinigungsarbeiten je Stunde	50,00 €	
Kulturelle, gesellschaftliche oder sonstige Nutzung ohne Barbetrieb		
Örtliche Veranstalter		
1/3 Halle	190,00 €	
2/3 Halle	340,00 €	
ganze Halle	430,00 €	

Für **Großveranstaltungen** und Veranstaltungen auswärtiger Vereine und Gruppen sind Sonderregelungen vorbehalten.

Stadionspielfeld		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	31,90 €	
Je angefangene weitere Stunde	12,10 €	
Veranstaltungen mit Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften (2 Std.)	63,80 €	
Je angefangene weitere Stunde	24,20 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	63,80 €	
Je angefangene weitere Stunde	24,20 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	31,90 €	
Je angefangene weitere Stunde	12,10 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen mit Eintritt		
Auswärtige Vereine (2 Std.)	127,60 €	
Je angefangene weitere Stunde	48,40 €	
Jugend- und Schülermannschaften (2 Std.)	63,80 €	
Je angefangene weitere Stunde	24,20 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Kunstrasenplatz		
Veranstaltungen ohne Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften	16,50 €	
Veranstaltungen mit Eintritt		
Haibacher Vereine Aktive Mannschaften	33,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen ohne Eintritt		

Auswärtige Vereine erste Stunde	50,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	33,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Veranstaltungen mit Eintritt		
Auswärtige Vereine erste Stunde	100,00 €	
Je angefangene weitere Stunde	66,00 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Flutlichtanlage je Stunde	8,25 €	
Leichtathletikanlage		
Für Vereine monatlich	8,80 €	
Für Einzelpersonen monatlich	4,95 €	
Kegelbahn		
Freizeitkegeln	8,80 €	
Kegelgruppen	8,25 €	
TV Haibach (Abt. Kegeln)	5,50 €	
Schulsportanlage		
Ortsvereine je Stunde	10,50 €	
Auswärtige je Stunde	17,50 €	
In dieser Gebühr ist die Benutzung der Duschen und Umkleidekabinen enthalten.		
Beach-Volley-Ball-Platz		
Ortsvereine mit Vertrag (2 Stunden)	18,70 €	
Jede weitere Stunde	8,25 €	
Freie Benutzung (Privatleute ohne Vertrag)	29,15 €	
Je weitere Stunde	11,55 €	
Ganzer Tag	92,40 €	
Für auswärtige Vereine und Gruppen erhöht sich die Gebühr um 50%		

5. Benutzung Jugendhaus

Im Jahr 2021 betrugen die Erträge 435,25 € und die Aufwendungen 15.118,76 €. Daraus errechnet sich ein Defizit in Höhe von 14.683,51 €.

Die Benutzungsgebühr beträgt derzeit je Tag 114,40 € für Gemeindebürger und 228,80 € für Auswärtige. Die Benutzung durch die Jugend und Vereine für Proben ist kostenfrei.

Die letzte Gebührenanpassung erfolgte zum 01.04.2017.

6. Bürgerhaus Dörmorsbach

Im Jahr 2021 beliefen sich die Erträge auf 1.172,27 € und die Aufwendungen auf 30.636,63 €. Das Defizit beträgt somit 29.464,36 €.

Die Gebühren betragen derzeit:

	Großer Saal	Kleiner Saal	Gesamt
Tanzveranstaltungen	363,00 €	123,20 €	486,20 €
Sonstige Veranstaltungen	253,00 €	132,00 €	385,00 €
Nutzung durch Turngruppen je Stunde	8,25 €	5,50 €	

7. Hundesteuer

Die Hundesteuer beträgt derzeit 50,00 € je Hund und 600,00 € für Kampfhunde.

Die letzte Erhöhung erfolgte zum 01.01.2002.

Das Aufkommen beläuft sich auf ca. 27.900 €.

8. Hallenbad

Die Erträge des Hallenbades belaufen sich auf 33.693,10 € und die Aufwendungen auf 196.370,70 €. Somit ergibt sich ein Defizit von 162.677,60 €.

Derzeit werden folgende Eintrittsgelder erhoben:

Erwachsene:	Einzelkarte	2,80 €
	Zehnerkarte	22,00 €
	Jahreskarte	82,50 €
Familien	Einzelkarte	5,50 €
Jugendliche / Kinder	Einzelkarte	1,10 €
	Zehnerkarte	8,80 €
	Jahreskarte	33,00 €
Rentner / Arbeitslose	Einzelkarte	1,70 €
	Zehnerkarte	13,20 €
	Jahreskarte	49,50 €
Gruppenschwimmen		
TV Haibach	Ausdauersport	38,50 €/Std.
Corina Kroth	Wassergymnastik	49,50 €/Std.

Schule Bessenbach und Dr. Albert-Liebmann-Schule	Schulsport	49,50 €/Std.
---	------------	--------------

Bgm. Andreas Zenglein erklärt, dass auch in diesem Jahr die Fraktionen interne Beratungen hierzu durchführen sollen.

Bei der kommenden Sitzung des HFA soll dann ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden.

GR Bernd Oppenrieder möchte wissen, wie die generelle Finanzsituation der Gemeinde aussieht. Diese Information ist für die weitere Diskussion notwendig.

GR Ingo Adams bemerkt, dass voraussichtlich eine Erhöhung der Kreisumlage von ca. 800.000 EUR kommen wird. Die Kreisräte aus Haibach sollten alles

versuchen, dass im Kreistag ein niedrigerer Erhöhungswert beschlossen wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass sich im Kreistag 8-10 Bürgermeister bereits für eine niedrigere Steigerung der Kreisumlage ausgesprochen haben.

GR Andrea Stürmer weist auch darauf hin, dass der Kreis unter anderem die Kosten für die Flüchtlinge aus der Ukraine zu tragen hat.

Bgm. Andreas Zenglein ergänzt, dass dem Kreis zu schaffen macht, dass die Kosten für das Jobcenter getragen werden müssen. Hier erfolgte ein „Wechsel des Wirkungskreises“.

7. Allgemeines

Sachverhalt:

7.1 Anfragen aus dem Gremium

7.1.1. Energiekrise

GR Steffen Kruschina fragt, ob Programme der Regierung zur Energie- und Gaspreisbremse auch für Kommunen gelten.

Kämmerer Thomas Wenzel teilt mit, dass seitens der Energieversorger noch keine Informationen hierzu vorliegen. Nach bisherigen Pressemitteilungen kann die Thematik für die AVG problematisch werden.

Fragen von GR Bernd Oppenrieder

7.1.2. Energieversorgungsunternehmen in Haibach

GR Bernd Oppenrieder fragt, wer die örtlichen kommunalen Energieversorger sind.

Hierzu antwortet **Bgm. Andreas Zenglein**, dass die Energieversorgung Main-Spessart für die Gasversorgung in Haibach zuständig ist. Der Konzessionsvertrag läuft bis 2028.

Der Stromlieferant ist die Aschaffener Versorgungs-GmbH.

Kämmerer Thomas Wenzel teilt mit, dass lt. EMS die Lieferung des Gases zum vereinbarten Preis erfolgen muss.

Bgm. Andreas Zenglein weist darauf hin, dass hier die Vertragsdauer bis 2025 läuft. Jedoch, können trotzdem auch Unwägbarkeiten kommen.

7.1.3. Haushaltsentwicklung

Kämmerer Thomas Wenzel stellt fest, dass im Juli der Halbjahreshaushalt vorgestellt wurde. Die Steuereinnahmen laufen gemäß den Prognosen.

Der Ergebnishaushalt wird in diesem Jahr höher sein, da die Gewerbesteuer immer Überraschungen mit sich birgt. Im Gegenzug liegen von einigen durchgeführten Maßnahmen noch nicht alle Rechnungen vor.

Die endgültige Abrechnung der Maßnahme Ortsverbindungsstraße ist noch nicht erfolgt. Die Unterlagen liegen aktuell bei der Regierung.

7.1.4 Haushalt 2023

GR Bernd Oppenrieder schlägt vor, dass das Gremium früher mit den Beratungen des Haushalts 2023 beginnen sollte. Ein Beginn im Oktober wäre nach seiner Ansicht gut.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass gemäß des Sachstandsberichtes noch einiges in diesem Jahr zu erledigen ist. Haibach wird im kommenden Jahr durch die Verringerung der Schlüsselzuweisung ca. 1 Mio EUR weniger im Haushalt haben. Große Dinge werden in Haibach nicht kommen können.

GR Bernd Oppenrieder schlägt vor, dass die großen Posten für 2023 aufgelistet werden sollten. Es werden höhere Ausgaben und geringere Einnahmen zu verplanen sein.

7.1.5. Stromversorgung

GR Andrea Stürmer fragt, wie lange der Stromliefervertrag mit der AGV noch läuft.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass dieser noch 3 Jahre Laufzeit hat. Die Erhöhung wird nicht so hoch angenommen wie bei der Gasversorgung.

GR Andrea Stürmer fragt, ob die AVG den Vertrag kündigen kann.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass er hierzu keine Informationen hat.

Bgm. Andreas Zenglein ist der Ansicht, dass eventuell keine Verlängerung seitens der AVG mehr angeboten wird. Dies bleibt abzuwarten.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am 23.11.2022 genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte

SITZUNG**des
HAUPT- UND FINANZAUSSCHUSSES****Sitzungstag: Mittwoch, 23. November 2022****Sitzungsdauer: 19:30 Uhr bis 22:00 Uhr****in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates:

Sitzungsteilnehmer	Funktion	Bemerkung zur Anwesenheit / Vertretung
---------------------------	-----------------	---

Anwesend:

Andreas Zenglein	1. Bürgermeister	
Jürgen Großmann	2. Bürgermeister	
Ilse Spielmann	3. Bürgermeisterin	ab 19:35 Uhr
Ingo Adams	Gemeinderat	
Carola Heeg	Gemeinderätin	
Dietmar Kempf-Blatt	Gemeinderat	
Beate Konrad	Gemeinderätin	
Steffen Kruschina	Gemeinderat	
Bodo Leiblein	Gemeinderat	(Vertretung für Bernhard Oppenrieder)
Karin Rückert	Gemeinderätin	(Vertretung für Jürgen Goldhammer)
Toni Stahl	Gemeinderat	(Vertretung für Andrea Stürmer)

Abwesend:

Jürgen Goldhammer	Gemeinderat	(vertreten durch Karin Rückert)
Bernhard Oppenrieder	Gemeinderat	(vertreten durch Bodo Leiblein)
Andrea Stürmer	Gemeinderätin	(vertreten durch Toni Stahl)

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Michael Müller		
Thomas Wenzel		

Tagesordnung Haupt- und Finanzausschuss
--

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 12.10.2022
3.	Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - § 2b UStG; Festsetzung der Benutzungsgebühren
4.	Haushalt 2023 - Investitionen
5.	Allgemeines

Öffentlicher Teil:**1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass von den 10 geladenen Ausschussmitgliedern 9 erschienen sind, der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist und zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

Folgende Vertreter nehmen teil.

GR Karin Rückert für GR Jürgen Goldhammer

GR Toni Stahl für GR Andrea Stürmer

GR Bodo Leiblein für GR Bernd Oppenrieder

2. Bgm. Ilse Spielmann ist ab 19:35 Uhr anwesend.

Somit sind es heute 11 Stimmberechtigte.

2. Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 12.10.2022

Das Protokoll der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 12.09.2022 wird ohne Anmerkungen genehmigt.

**3. Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand - § 2b UStG;
Festsetzung der Benutzungsgebühren****Sachverhalt:**

Zum 01.01.2023 tritt § 2b Umsatzsteuergesetz (UStG) in Kraft.

Danach unterliegen auch die Kommunen in gewissen Bereichen der Umsatzsteuerpflicht.

Vereinfacht ausgedrückt bedeutet das:

Sobald die Gemeinde privatrechtlich tätig wird, entsteht eine Umsatzsteuerpflicht.

Wird die Gemeinde im Bereich des öffentlichen Rechts tätig, fällt keine Umsatzsteuer an, sofern es sich um Leistungen handelt, welche ausschließlich die öffentliche Hand anbieten kann bzw. muss.

Kann die Leistung auch durch ein privates Unternehmen erbracht werden, kommt es darauf an, ob größere Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Sobald die Umsatzgrenze von 17.500 €/Jahr überschritten wird, muss Umsatzsteuer erhoben werden.

Im Bereich der Benutzungsgebühren galt es bisher schon Unterscheidungen vorzunehmen.

Die Kultur- und Sporthalle, das Hallenbad und der Kunstrasenplatz wurden bereits bisher als ein Betrieb gewerblicher Art zusammengefasst. Die Benutzungsgebühren mussten daher bereits inkl. Umsatzsteuer in den Rechnungen ausgewiesen werden.

Die Rechnungen, z. B. für die Sporthalle „Am Hohen Kreuz“, enthielten keinen Ausweis der Umsatzsteuer.

Damit den Nutzern keine unterschiedlichen Gebühren in Rechnung gestellt werden mussten, wurden überall die gleichen Gebühren berechnet (z. B. 1/3-Halle für 8,25 € je Stunde).

Für die Zukunft stellt sich nun die Frage, ob diese Beträge als Netto- oder Bruttobeträge zu berechnen sind. Eine entsprechende Änderung der Gebührenordnungen müsste noch vorgenommen werden.

GR Dietmar Kempf-Blatt möchte wissen, wie andere Gemeinden verfahren.

Bgm. Andreas Zenglein sieht keine Vergleichsmöglichkeiten mit den Hallengebühren anderer Gemeinden. Dies liegt in unserer Entscheidung. Ab 01.01.2023 ist die Einführung der USt. verpflichtend. Die Kämmerer der WeSpe-Gemeinden haben sich für vor zwei Wochen besprochen. Auch dort müssen die entsprechenden Maßnahmen erfolgen.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass die Hallenmiete bei einem Betrag von 8,25 EUR/Stunde schon sehr günstig ist. Wird man jetzt auf den Nettobetrag von 6,25 EUR gehen, dann wären die Einnahmen für die Hallen noch geringer. Man sollte die bisherigen Kostensätze zzgl. MwSt. verrechnen.

GR Steffen Kruschina stellt fest, dass in der Kultur- und Sporthalle die Gebühren nun zzgl. MwSt. gerechnet werden und in der Sporthalle Am Hohen Kreuz inkl. MwSt. sind.

Hierzu erläutert **Kämmerer Thomas Wenzel**, dass die Kultur- und Sporthalle schon immer als Eigenbetrieb gerechnet wird. Die Sporthalle Am Hohen Kreuz hat eine andere Konstellation und dort war keine MwSt. notwendig. Jedoch muss dies künftig geändert werden.

GR Steffen Kruschina möchte wissen, wie sich die Gegenrechnung bei der Sporthalle am Hohen Kreuz auswirkt.

Kämmerer Thomas Wenzel bemerkt, dass z.B. bei der Kultur- und Sporthalle die Vorsteuer bei einer Sanierungssumme von ca. 8 Mio berücksichtigt werden konnte. 15 % der kalkulierten Kosten müssen als Grundlage für die Berechnung der Gebühren herangezogen werden.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass alles, was bislang in diesem Zusammenhang nicht versteuert wurde, ab dem 01.01.2023 versteuert werden muss.

GR Toni Stahl möchte wissen, ob dies künftig auch im Friedhof und im Hallenbad angepasst wird.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass der Friedhof als Angebot der öffentlichen Hand zählt. Im Hallenbad wird bereits schon jetzt MwSt. abgeführt. Die Leistung der Feuerwehr bleibt weiterhin ohne MwSt. Es wird vorgeschlagen, dass künftig die Preise in den Hallen gleich sind.

Beschluss

Die in den Gebührenordnungen ausgewiesenen Beträge für die gemeindlichen Einrichtungen (soweit diese der Umsatzsteuerpflicht unterliegen) gelten als Nettobeträge.

Abstimmungsergebnis: ja: 10 nein: 1

4. Haushalt 2023 - Investitionen

Sachverhalt:

Kämmerer Thomas Wenzel informiert über den vorliegenden Investitionsplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.

Bgm. Andreas Zenglein stellt hierzu fest, dass diese Tabelle im RIS zur Verfügung gestellt wird. Der Vorschlag der Verwaltung ist hierzu, dass sich die Fraktionen beraten und die weitere Diskussion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.01.2023 erfolgt.

GR Steffen Kruschina stellt fest, dass er z.B. das Projekt „Rathaus“ hier in der Liste vermisst.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass die aktuell beauftragte Machbarkeitsstudie unter dem „normalen“ Haushalt läuft. Wenn hierzu entsprechende Ergebnisse vorliegen, dann erfolgen die nächste Entscheidung sowie das weitere Vorgehen.

GR Bodo Leiblein möchte wissen, ob abzuschätzen ist, ob die Kalkulationen in 2023 erfolgen werden.

Kämmerer Thomas Wenzel antwortet, dass noch Rechnungen ausstehen. Bis Ende dieses Jahres werden sicher noch welche kommen. Jedoch, bis diese kassenwirksam werden, wird es Frühjahr sein. Die Endabrechnung für die Ortsverbindungsstraße ist noch ausstehend. Nach Rücksprache mit der Baufirma wird diese Rechnung frühestens im Frühjahr gestellt. Dies hängt unter anderem mit der Negativzinsphase zusammen. Hier haben die Unternehmen aus bekannten Gründen die Rechnungen später ausgestellt.

2. Bgm. Jürgen Großmann fragt nach der Position Straßenbeleuchtung.

Kämmerer Thomas Wenzel informiert, dass die Zuschussanträge für Haibach im Dezember noch gestellt werden. Dies erledigt Herr Sauer im Bauamt in Zusammenarbeit mit einem Ing.-Büro.

2. Bgm. Jürgen Großmann schlägt vor, in der Liste eine Markierung vorzunehmen, aus der ersichtlich ist, wo die Rechnungen noch fehlen und wo auch noch entsprechende Leistungen zu erbringen sind.

Kämmerer Thomas Wenzel erklärt, dass auch nach Erhalt der ausstehenden Rechnungen noch weitere Leistungen im Bauamt erforderlich sind. Rechnungsprüfung, Gewährleistungsabwicklung etc.

GR Ingo Adams bemerkt, dass nach seinem Verständnis für das Jahr 2022 eine Summe von 5,3 Mio EUR geplant war. Tatsächlich wurden bisher nur 1,65 Mio EUR ausgegeben. Somit entstand eine Lücke von 3,8 Mio EUR.

Kämmerer Thomas Wenzel erläutert, dass diese Tabelle sich aus dem aktuellen Haushaltsplan ergibt. Aus diversen Gründen haben sich Verschiebungen bei einigen Projekten ergeben. Dies hing mit Planungsänderungen, Materialverknappung, erhöhten Ausschreibungen etc. zusammen. Diese Gründe sind seitens der Gemeinde nicht kalkulierbar.

Es wird zudem auch gewünscht, dass im Jahr 2023 alle bereits begonnen und angeschobenen Projekte abgeschlossen werden sollen. Er gibt auch zu bedenken, dass für die Abwicklung eines größeren

Volumens im Bauamt die entsprechende Manpower zur Verfügung stehen muss.

Aktuell ist man gefordert, sich intensiv mit der Problematik „Manpower“ zu beschäftigen. Die Nachbesetzung im Bauamt ist derzeit in der Ausschreibung. Hierzu sollte auch bedacht werden, dass der Stellenmarkt auch von Ing.-Büros mit den entsprechenden Kapazitäten „bespielt“ wird. Für die Nachfolge im Bauamt ist auch eine entsprechende Einarbeitungszeit dringend notwendig.

Bgm. Andreas Zenglein bemerkt, dass in der kommenden Woche diesbezüglich ein weiteres Gespräch der Geschäftsleitung über die weiteren Nachbesetzungen und den Stellenplan erfolgen wird. Finanziell ist die Abwicklung der Haushaltssumme leistbar. Jedoch ist ebenfalls neben der fehlenden Manpower daran zu denken, dass es auch keinen Sinn macht, wenn gleichzeitig 4 oder 5 Straßenbauprojekte begonnen werden. Dies betreffe z.B. die Goethestraße, Schäferstraße, Rothstraße, Dorfstraße und Am Wingert. Dies ist nicht

durchführbar, Sperrungen, Umleitungen etc. würden den Unmut der Bevölkerung hervorrufen.

GR Steffen Kruschina nimmt Bezug auf die Wand im Friedhof Grünmorsbach. Diese sollte entweder im kommenden Jahr erneuert oder endgültig aus dem Haushalt gestrichen werden. Wenn davon eine Gefahr ausgeht, dann muss die Erledigung zu diesem Zeitpunkt erfolgen.

2. Bgm. Jürgen Großmann schlägt vor, dass die Prioritätenliste von Herrn Volk fortgeschrieben und ergänzt werden sollte. Zum Beispiel: Wiesenstraße – sollte im Mai 2022 begonnen werden, es fehlt jedoch Material zur Fortführung.

Des Weiteren weist er daraufhin, dass die Ing.-Büros mittlerweile ebenso Personalprobleme haben und daher in Verzug sind.

Bgm. Andreas Zenglein fasst zusammen, dass dies heute eine Präsentation der IST-Situation war. Die weiteren Diskussionen hierzu erfolgen in den Haushaltsberatungen ab Januar 2023.

5. Allgemeines

Sachverhalt:

Es gibt hierzu keine Wortmeldungen.

Hiernach schließt **Bürgermeister Andreas Zenglein** den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **13.01.2023** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte